

Nr. 418 | 11.04.2022

Russland-Analysen

- Steuerung der öffentlichen Meinung
- Sanktionen

■ ANALYSE		
Narrative russischer staatlicher Medien über Corona-Impfstoffe im Westen		2
Daria Zakharova (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)		
■ UMFragen		
Impfbereitschaft bei Covid-19		5
■ ANALYSE		
Was denken gewöhnliche Russ:innen wirklich über den Krieg in der Ukraine?		6
Kseniya Kizilova (World Value Survey Association), Pippa Norris (Harvard University)		
■ STATISTIK		
Meinungsbildung und Informationsquellen		11
■ UMFragen		
Einstellung zum »Konflikt in der Ukraine«		13
<hr/>		
■ ANALYSE		
Festung Russland: Völlig verloren im wirtschaftlichen Sanktionskrieg, tiefe Wirtschaftskrise unausweichlich		15
Gunter Deuber (Raiffeisen Bank International AG, Wien)		
■ STATISTIK		
Russlands Finanz- und Wirtschaftsindikatoren		21
■ ANALYSE		
Zwischen Katastrophe und harter Bruchlandung		24
Andrei Yakovlev (Moskau)		
■ KOMMENTAR		
Wirtschaftliche Aufarbeitung der Ukraine-Invasion und Reparationen		27
Gunter Deuber (Raiffeisen Bank International AG, Wien)		
<hr/>		
■ CHRONIK		
14. – 18. März 2022		29

Narrative russischer staatlicher Medien über Corona-Impfstoffe im Westen

Daria Zakharova (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

DOI: 10.31205/RA.418.01

Zusammenfassung

Der Beitrag analysiert die Berichterstattung in russischen Medien über die Corona-Impfungen im Westen. Neben allgemeinen Merkmalen der Berichterstattung über die Impfkampagnen im Westen werden auch die wichtigsten Narrative untersucht, die dabei in russischen regierungsfreundlichen Medien eingesetzt werden.

Einführung

Nach Ausbruch der weltweiten Corona-Pandemie hatte Russland im Großen und Ganzen eine Politik der Leugnung und des Kleinredens der Risiken verfolgt. Die staatlichen Medien versuchten der Bevölkerung weiszumachen, dass das Coronavirus »nicht schlimmer als eine gewöhnliche Grippe« sei, und dass es keinen Grund gibt, Angst zu haben.

Als jedoch die Todeszahlen durch das Coronavirus in Russland Rekordwerte erreichten und der Präsident im Land einen Lockdown verhängte, rückten die Medien allmählich von der Taktik der Leugnung ab. Im Mai 2020 wurde die Entwicklung des russischen Impfstoffs Sputnik V verkündet, und im August 2020 erklärte der russische Gesundheitsminister, dass der Impfstoff registriert wurde. Gleichzeitig taufte die staatlichen Medien Sputnik V als »weltweit ersten registrierten Impfstoff gegen das Coronavirus«. Neben der intensiven Propagierung von Sputnik V in Russland und der Welt gehörten allerdings bald auch negative Narrative über konkurrierende westliche Impfstoffe zum Standard der russischen Propaganda.

In diesem Beitrag wird eine Inhaltsanalyse vier großer staatlicher Medien unternommen, die die größte Reichweite haben, und zwar aus dem Fernsbereich (Erster Kanal, Russland 2, Russland 24) wie aus dem Bereich der Printmedien (RIA Novosti). Das Material wurde anhand von Schlüsselworten zusammengestellt, die in Verbindung mit den Impfkampagnen in der EU und den USA, mit westlichen Präparaten wie denen von Biontech/Pfizer oder Moderna stehen. Die Analyse wurde auf drei Konnotationsebenen durchgeführt: positiv, neutral oder negativ in Bezug auf die entsprechenden Themen.

Schlechter Biontech/Pfizer, guter Sputnik

Das wichtigste Narrativ, das die Zeilen der staatlichen Medien durchzieht, lautete: Der Impfstoff Sputnik ist besser als die analogen westlichen Impfstoffe. Weil es bis zur Veröffentlichung der Testergebnisse von Sputnik in der Zeitschrift »The Lancet« im Februar 2021 praktisch keinerlei Belege für die Wirksamkeit des Impf-

stoffs gab, versteifte man sich darauf, die Konkurrenz schlecht zu machen. Eine Analyse von drei russischen Medien im Bereich Fernsehen ergab, dass Anfang 2021 (zu Beginn der Impfkampagne in Europa) die Schlagzeilen zum Stichwort »Biontech/Pfizer« überwiegend (zu über 90 Prozent) negativ waren. Der Akzent wurde auf das Argument gelegt, dass es nach der Impfung eine erhöhte Sterberate gebe. Die Schlagzeilen in den staatlichen Medien lauteten u. a.: »In der Schweiz starben 55 Menschen nach einer Impfung gegen Covid-19«, »In Norwegen starben 23 Personen nach einer Corona-Impfung«, »In Litauen starben acht Menschen nach einer Impfung gegen Covid-19«.

Der landesweit sendende Kanal NTW brachte Ende 2020 die Reportage »Allergie, Lähmung, Schmerzen: Mit der Impfung mit Pfizer begannen die Probleme«. Der Korrespondent malte dort in üppigen Farben Fälle in den USA, bei denen es nach einer Impfung mit Biontech/Pfizer aus zu einer Lähmung des Gesichtsnervs kam, und verglich das mit einem Schlaganfall. »Der Zustand erinnert an einen Schlaganfall, wobei der Patient hilflos zusehen muss, wie eine Gesichtshälfte hängt und die Muskeln schlaff sind«. Darüber hinaus erzählte der Autor von 6 Todesfällen durch eine Impfung mit Biontech/Pfizer während der Testphase. »In den USA wurden Daten veröffentlicht, denen zufolge während der Erprobung des Impfstoffs von Pfizer sechs Personen starben. Ein Freiwilliger starb drei Tage nach der Verimpfung der ersten Dosis des Präparats, ein zweiter erlitt 60 Tage nach der Zweitimpfung einen Herzstillstand. Nach drei weiteren Tagen wurde sein Tod festgestellt. Doch die Impfkampagne, auf die man so sehr gewartet hatte, ist nicht mehr aufzuhalten«, erklärte der Korrespondent von NTW.

Demgegenüber heißt es in einem wissenschaftlichen Beitrag, der in der Zeitschrift »The Lancet« veröffentlicht wurde, dass eine Lähmung des Gesichtsnervs nicht markant charakteristisch für Nebenwirkungen des Impfstoffs von Biontech/Pfizer seien (2 Fälle pro 100.000) und nur vorübergehend auftreten. Und das US-amerikanische Bundesamt für Lebens- und Arzneimittel (FDA) veröffentlichte einen Bericht darüber, dass vier der sechs

bei der Erprobung des Impfstoffs von Biontech/Pfizer verstorbenen Freiwilligen ein Placebo erhalten hatten.

Also besteht das Wesensmerkmal der Propaganda hier darin, dass auf tatsächliche Geschichten verwiesen wird, jedoch Tatsachen verschwiegen und zum Teil verzerrt werden, und der Sinn des Ganzen völlig neu gestrickt wird. Dadurch entsteht beim Publikum dieser russischen Medien eine klare Verbindung von Ursache und Wirkung: Impfung mit Biontech/Pfizer = Tod, Lähmung und Schlaganfall.

Die Europäer sind mit westlichen Impfstoffen unzufrieden

Die Dimensionen der russischen Desinformation in Bezug auf westliche Impfstoffe werden durch persönliche Erklärung des Staatsoberhauptes verstärkt. »Bürger europäischer Länder, lassen sich hier bei uns mit Sputnik impfen, und kaufen sich dort eine Bescheinigung, dass sie mit Pfizer geimpft sind. Na, weil... ja, im Ernst. Das sagen eben Ärzte aus europäischen Ländern. Das ist so. Nun, sie meinen, dass Sputnik doch zuverlässiger und sicherer ist«. So lautete ein Statement des russischen Präsidenten Wladimir Putin Ende Oktober 2021 auf dem Diskussionsforum »Waldai«.

Diese Rhetorik zieht sich auch durch die regimetreuen Medien. Nahezu sämtliche landesweiten Fernsehkanäle brachten Beiträge über einen »Impftourismus« von Europäern und Amerikanern nach Russland. Die Geschichte geht so: Westliche Touristen, die mit der Impfung im eigenen Land unzufrieden sind, machen sich nach Russland auf, um eine Dosis Sputnik zu ergattern. Die Touristen klagen, dass »in Europa ein Impfstoff nur schwer zu bekommen ist«, und auch über eine »geringe Wirksamkeit westlicher Impfstoffe.«

NTW veröffentlichte einen Beitrag unter dem Titel »Europäer buchen ›Impffreisen‹ nach Russland für eine Immunisierung durch Sputnik V«. Den Worten der Journalisten zufolge »haben die Ärzte keinen ernstzunehmenden Fall von Nebenwirkungen festgestellt, im Unterschied zu vergleichbaren westlichen Präparaten«. In einem anderen Beitrag des staatlichen Fernsehsenders »Rossija 2« erklärt Diether Dehm, ein deutscher Politiker der Linken, dass Sputnik ein besser erprobter Impfstoff sei, und er sich deshalb mit ihm habe impfen lassen. »Diese Impfstoffe [mRNA-Impfstoffe wie die von Biontech/Pfizer oder Moderna – Anm. des Autors] sind noch nicht ausreichend getestet, weil man solche Präparate noch nie hergestellt hat. Ich vertraue der besser erprobten, schon seit Jahren bewährten Vektor-Methode. Und unter den Vektor-Impfstoffen ist Sputnik eindeutig der beste, der wirksamste gegen neue Virenstämme«, erklärte Dehm bei einem Interview in Moskau.

Diether Dehm ist übrigens nicht zufällig ins Blickfeld der russischen regierungsfreundlichen Medien gera-

ten. Der Kreml hat einen bestimmten Pool zuverlässiger europäischer Politiker an der Hand, gewöhnlich mit linken oder rechten Ansichten. Diese Politiker könnten womöglich in Russland bekannter sein als im eigenen Land, da die Beiträge der russischen Propaganda regelmäßig deren »Expertenmeinung« präsentieren. Und sie schimpfen auf den Westen und unterstützen die Politik Putin, zum Beispiel die Annexion der Krim.

Europäische Politiker gegen Biontech/Pfizer

Die Unmenge an Beiträgen der russischen Propaganda erzeugt die Illusion, dass viele europäische und westliche Politiker in Opposition zu den massenhaft verarbeiteten Impfstoffen von Biontech/Pfizer und Moderna stehen. So erschien in einer regimetreuen Zeitung ein Artikel unter der Überschrift: »Deutscher Politiker vergleicht die Impfstoffe von AstraZeneca und Biontech mit Zyklon B«. Im Weiteren wird eine Analogie zwischen den Maßnahmen der Nationalsozialisten in den 1930er und 1940er Jahren und den aktuellen Coronamaßnahmen der deutschen Bundesregierung konstruiert. Bei näherem Hinsehen entpuppt sich dieser Politiker als ein Vertreter der ultrarechten »Alternative für Deutschland« Namens Stefan Bauer. Darüber hinaus wird in dem Artikel verschwiegen, dass sogar die AfD solche Erklärungen unangemessen fand und Bauer aus der Partei ausgeschlossen hat. Die Protagonisten der Berichte regierungsfreundlicher russischer Medien äußern zudem ihren Unmut darüber, dass der russische Impfstoff Sputnik V in Europa nicht verfügbar ist. Ein Beispiel: »Ein Abgeordneter des Bundestages erklärte, dass Sputnik V aus politischen und wirtschaftlichen Gründen nicht in der EU registriert wurde.« In dem Artikel schimpft der Politiker auf die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA), wirft ihr Voreingenommenheit vor, und dass sie Sputnik aus politischen Gründen nicht anerkennt. »Die EMA schützt den Markt, damit die großen westlichen Pharmaunternehmen ihre Präparate ohne Konkurrenz verkaufen können«, erklärt ein deutscher Politiker der russischen Nachrichtenagentur RIA Nowosti. Dieser Politiker, Petr Bystron, ist ebenfalls Mitglied der AfD und tritt regelmäßig in Beiträgen der russischen Propaganda in Erscheinung.

Ähnlich sieht es mit Politikern aus anderen Ländern aus, die oft in den Zeilen und Bildern der russischen Propaganda auftauchen. »Italienischer Politiker ließ sich in Russland gegen Covid impfen, weil er es leid war, zuhause auf der Warteliste zu stehen«, schrieb RIA Nowosti. In dem Artikel klagt dieser über das langsame Impftempo in seiner Heimat und lobt Sputnik. Der Politiker heißt Alessandro Ravaglioli und kommt von der rechten Partei Lega Nord.

Der Impfstoff Sputnik hat gewisse hohe Bewertungen durch medizinische und politische Kreise erhalten

und durchläuft immer noch das Zertifizierungsverfahren der EMA. Die Propaganda bezieht sich allerdings regelmäßig auf marginale rechtsradikale Politiker, weil diese sich aggressiver und entschlossener äußern. Die Rhetorik dieser Politiker, die an Populismus grenzt, ähnelt stark der Rhetorik vieler russischer Bürokraten, weswegen sie bei der Propaganda sehr beliebt sind. In ihrem Kern sucht die Propaganda selektiv extreme Positionen westlicher Politiker zusammen und stellt sie dann als Mainstream und Experten hin. Die Glaubwürdigkeit soll auch dadurch erhöht werden, dass diese »Experten«, Fälle, Meinungen und Fakten von außen kommen und nicht aus Russland stammen.

Massendemonstrationen gegen das Impfen

Einer der Akzente, den die russischen staatlichen Medien bei der Berichterstattung über die Corona-Impfungen im Westen setzen, liegt auf der »massenhaften Unzufriedenheit mit dem Impfen« bei der Bevölkerung dort. Knapp mehr als jeder zweite Beitrag der regierungsfreundlichen Medien (52 %) betont insbesondere die Brutalität der Polizei und die friedlichen Absichten der Demonstranten. Beispielsweise erzählte ein Journalist des landesweit empfangbaren Fernsehkanals »Rossija 24«, dass »die Polizei hart vorgeht: hilflose Leute werden zu Boden geworfen und getreten. Zum Einsatz kommen Dosen mit Pfefferspray«. Ein anderer Beitrag von »Rossija 24« trägt die Überschrift: »Wütende Franzosen mit Gummiknüppeln geschlagen und mit Gas malträtirt«.

Zweifellos gibt es in Europa und in den USA eine gewisse Anzahl Impfgegner, die öfter auf Demonstrationen gehen. Über diese Veranstaltungen wird auch in westlichen Medien berichtet. Die russische Propaganda tendiert jedoch dazu, die Menge der Unzufriedenen zu betonen und zu übertreiben. In Wirklichkeit ist die Anzahl nicht so groß. So gaben bei einer Umfrage im Auftrag der Europäischen Kommission im Mai 2021 nur 9 Prozent der Befragten an, dass sie sich nicht impfen lassen wollen.

Auslandssender: Impfen ist in Russland nützlich, in Europa aber schädlich

In der russischen Gesellschaft spiegelte sich im Sommer 2021 die Ablehnung westlicher Impfstoffe auch auf dem innerrussischen Markt wider. Aufgrund der aggressiven staatlichen Propaganda begann die Bevölkerung in Russland, sowohl westliche wie auch russische Impfstoffe negativ wahrzunehmen. Daher weist Russland im Vergleich zu westlichen Ländern ein recht geringes Impftempo auf (mit Stand vom Februar 2022 waren in Russland 48 % der Bevölkerung vollständig geimpft, in Deutschland waren es 73 % und in den USA 64 %). Daraufhin nahm die Propaganda, die zuvor noch europäische und amerikanische Impfstoffe verdammt hatte,

nun eine neutralere Haltung ein, und die Bevölkerung wurde zu einer Impfung gedrängt.

Das galt jedoch keineswegs für die staatlichen russischen Auslandssender, also russische Medien, die im Ausland senden. So ist der Fernsehsender RT Deutsch (seit 2020: RT DE) eine der beliebtesten Informationsquellen der deutschen Impfgegner. RT DE wurde im Herbst 2021 sogar wegen der Verbreitung falscher Informationen von der Plattform »YouTube« verbannt. Der Sender interviewt eine große Anzahl Verschwörungstheoretiker, die mit Schulmedizin nichts zu tun haben. So hatte RT DE im September 2021 ein Interview mit dem US-amerikanischen Unternehmer Steven Kirsch veröffentlicht, das die Überschrift trug: »Führender US-Corona-Forscher: »Pfizer-Impfstoff tötet mehr Menschen, als er rettet.« In dem Beitrag wird Kirsch als »führender Corona-Forscher« bezeichnet, obwohl er keine Verbindung zur Medizin oder der Epidemiologie hat. Im Mai 2021 veröffentlichte RT DE einen Beitrag über Dimitris Gianakopoulos, einen griechischen Unternehmer aus dem Pharmabereich, der erklärt, dass er sich nicht mit mRNA-Präparaten impfen lassen will, weil »der Impfstoff die DNA verändert«. Eine ähnliche Rhetorik setzt auch das englischsprachige RT ein. So erzählt der US-amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Jeffrey Tucker, dass die Maskenbestimmungen »ein Kastensystem erzeugt, das die Menschen in »reine« und »unreine« unterteilt«.

Schlussfolgerungen

Die überwiegende Mehrheit der Beiträge in russischen staatlichen Medien über Impfkampagnen im Westen haben eine negative Konnotation. Die Übertreibung der negativen Folgen einer Impfung mit Präparaten von BionTech/Pfizer und Moderna sowie die Überzeichnung der angeblich massenhaften Unzufriedenheit sind dabei die wichtigsten Narrative der russischen regierungsfreundlichen Medien.

Die russische Medienpolitik hinsichtlich der Berichterstattung über westliche Impfstoffe entspricht der allgemeinen staatlichen Linie des Kreml, Russlands herausragende Stellung in der Welt und die Unzulänglichkeiten des Westens hervorzuheben. Ausgangspunkt dieser Politik war 2014 der militärische Konflikt in der Ukraine und die Annexion der Krim durch Russland. Seinerzeit hatte die internationale Gemeinschaft und insbesondere die Europäische Union das Vorgehen Russland scharf verurteilt sowie wirtschaftliche und politische Sanktionen gegen Moskau verhängt. Die Rhetorik des Kreml wiederum ist seither aggressiver und antiwestlicher geworden. Die regimiefreundlichen Medien transportierten diese Rhetorik und versuchten der Bevölkerung klarzumachen, dass die europäischen Werte und die Politik Europas verlogen seien, während Russland aufrichtig handele.

Dieses Modell wurde auch bei der Berichterstattung über die Impfkampagnen in den Ländern des Westens angelegt. Aus Gewohnheit sprachen die kremeltreuen Medien von hohen Todeszahlen in der EU und den USA nach einer Corona-Impfung, einer massenhaften Unzufriedenheit der Bevölkerung und einem gescheiterten Kampf gegen Covid-19. Dem »schlechten Westen« wurde stets das »gute Russland« gegenübergestellt: In der EU mangle es an Impfstoffen, während sie in Russland in Hülle und Fülle vorhanden seien. In Deutschland gebe es Proteste, während es in Russland friedlich sei. An Biontech/Pfizer würden Menschen sterben, an Sputnik V nicht. Eine weitere mögliche Ursache für diese Rhetorik der staatlichen Propaganda ist in der Vorliebe Putins für geopolitische Siege aller Art zu suchen. Ihm und der Bevölkerungsmehrheit ist es wichtig zu zeigen, dass Russland in der Welt das Kommando führt und der entwickelten westlichen Welt an allen Fronten überlegen ist.

Über die Autorin

Daria Zakharova ist derzeit als Bundeskanzler-Stipendiatin der Alexander von Humboldt Stiftung im Bereich Medienforschung an der Forschungsstelle Osteuropa (FSO) in Bremen tätig. Sie hat einen BA in Journalismus der Russischen Universität der Völkerfreundschaft (RUDN) und einen Master of Public Policy der Willy Brandt School of Public Policy der Universität Erfurt. Zu ihren Forschungsinteressen gehören die russisch-deutschen Beziehungen, europäische Governance und die EU-Osterweiterung.

Diese Propaganda hat jedoch bislang weder zu einem hohen Impftempo in Russland noch zu einer Anerkennung des russischen Impfstoffs in den Ländern des Westens geführt. Aufgrund der ständigen Verbreitung negativer Informationen über westliche Impfstoffe schrecken die Menschen nun vor jedweden Impfstoffen zurück.

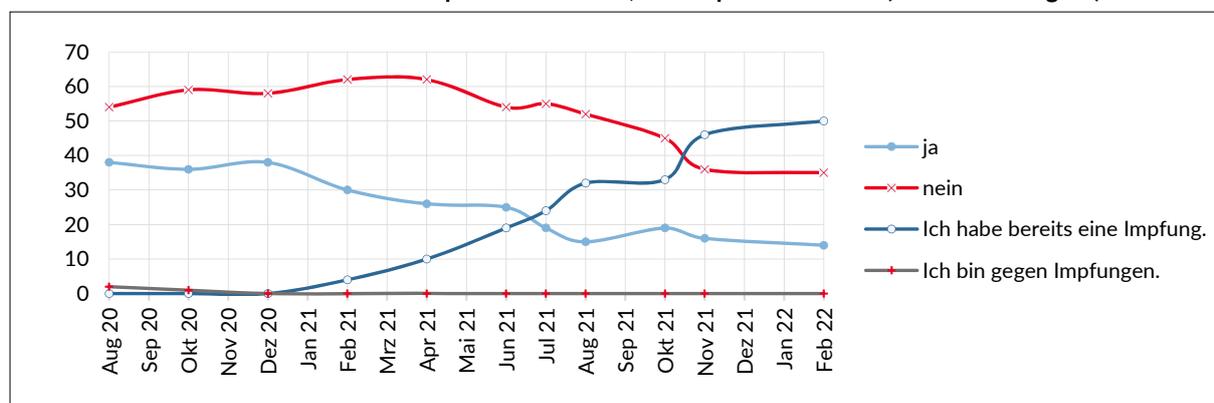
Gegenwärtig berichten die regimetreuen russischen Medien über die Impfkampagnen im Westen in einem neutraleren Ton, während die Auslandssender die frühere negative Rhetorik beibehalten. In diesem Kontrast spiegeln sich die Prioritäten der russischen Regierung wider: Die eigenen Bürger:innen sollen zu einer Impfung gedrängt und die Corona-Epidemie soll eingedämmt werden. Gleichzeitig werden Desinformationen gestreut und impfskeptische Haltungen in den westlichen Gesellschaften gefördert.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

UMFRAGEN

Impfbereitschaft bei Covid-19

Grafik 1: Aktuell finden kostenlose und freiwillige Impfungen mit einheimischen Impfstoffen gegen das Coronavirus statt. Sind Sie persönlich bereit, sich impfen zu lassen? (in % der Befragten)



Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums von zuletzt 17. – 21.02.2022, veröffentlicht am 21.03.2022; <https://www.levada.ru/2022/03/21/koronavirus-i-lichnye-kontakty/>. Die Redaktion der Russland-Analysen bedankt sich beim Lewada-Zentrum.

Tabelle 1: Aktuell finden kostenlose und freiwillige Impfungen mit einheimischen Impfstoffen gegen das Coronavirus statt. Sind Sie persönlich bereit, sich impfen zu lassen? (in % der Befragten)

	August 2020	Oktober 2020	Dezember 2020	Februar 2021	April 2021	Juni 2021	Juli 2021	August 2021	Oktober 2021	November 2021	Februar 2022
ja	38	36	38	30	26	25	19	15	19	16	14
nein	54	59	58	62	62	54	55	52	45	36	35
Ich habe bereits eine Impfung.	/	/	/	4	10	19	24	32	33	46	50
Ich bin gegen Impfungen.	2	1	/	/	/	/	/	/	/	/	/

Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums von zuletzt 17. – 21.02.2022, veröffentlicht am 21.03.2022; <https://www.levada.ru/2022/03/21/koronavirus-i-lichnye-kontakty/>. Die Redaktion der Russland-Analysen bedankt sich beim Lewada-Zentrum.

ANALYSE

Was denken gewöhnliche Russ:innen wirklich über den Krieg in der Ukraine?

Kseniya Kizilova (World Value Survey Association), Pippa Norris (Harvard University)

DOI: 10.31205/RA.418.02

Zusammenfassung

Wie denken gewöhnliche Russ:innen wirklich über die Entscheidung von Präsident Putin, in die Ukraine einzumarschieren? Obwohl einiges dafürspricht, dass frühere Umfragen, die Zustimmungswerte um 60 % für den Krieg zeigen, als genuine Signale der russischen öffentlichen Meinung gewertet werden können, untersucht dieser Beitrag eine Reihe von Gründen, warum diese Umfrageergebnisse mit großer Vorsicht behandelt oder gar ignoriert werden sollten. Gründe dafür sind u. a. die staatliche Zensur, die Selbstzensur der Bevölkerung und eine verzerrte Beantwortung der Fragen, das Vorhandensein von Protesten sogar in einem autoritären Umfeld in Russland, als auch die Tatsache, dass einige der früheren Umfragen nach einem hypothetischen Einmarsch fragten, über den viele Russ:innen wohl nicht ausreichend nachgedacht haben könnten. Allerdings führt der Beitrag an, dass die plausibelste Erklärung für den offensichtlichen anfänglichen Rückhalt für den Krieg in der Manipulation der öffentlichen Meinung durch staatliche Kontrolle der Kommunikationskanäle und der weitverbreitete Einsatz von Zensur, Propaganda und Desinformation im eigenen Land als auch im Ausland liegt.

Umfragen zur Invasion in der Ukraine

Langfristig wird der Ausgang von Putins blutiger Invasion Russland in die Ukraine von Hard Power abhängen (Gewalt, Panzer und Raketen gegen Molotow-Cocktails und Gewehre) wie auch von Soft Power (Gewinnung der Herzen und Köpfe im In- und Ausland). Soft Power wiederum hängt von kulturellen Einstellungen und den Informationsströmen ab, die über angestammte Senderlandschaften, digitale Plattformen und persönliche Netzwerke fließen.

Aus Umfragen, die unmittelbar vor und nach dem Beginn der Invasion in die Ukraine am 24. Februar 2022 durchgeführt wurden, geht hervor, dass die Mehrheit der gewöhnlichen Russ:innen eine Unterstützung für den Krieg gegen die Ukraine und für Präsident Putin bekunden. Insgesamt sagte eine schweigende Mehrheit (rund 60 % der Befragten in Russland) in verschiedenen ersten Umfragen, dass sie die »militärische Spezialoperation« in der Ukraine befürworten. Sind solche Ergeb-

nisse jedoch zuverlässige Indikatoren für die Ansichten der Russ:innen vor der Invasion? Hat die Mehrheit der gewöhnlichen Russ:innen im Februar und Anfang März wirklich mit Putins Entscheidung sympathisiert, den Krieg zu beginnen?

Letztendlich wird die Geschichte entscheiden, wie sehr Putin allein (zusammen mit seinen Gefolgsleuten) das Blutvergießen zu verantworten hat, und wieviel Verantwortung bei der stillschweigenden Akzeptanz gewöhnlicher Russ:innen liegt. Es ist wichtig, diese Frage moralisch zu klären, um die Schuld an dem Konflikt festzustellen, wie auch juristisch, um Kriegsverbrechen zu verfolgen. Wenn wir Putins Soft Power verstehen, können wir auch Einblicke erlangen, welche langfristigen Folgen der Konflikt für seine Führung und die Zukunft der beiden Länder haben wird.

Die ersten Umfragen können, wie auch Studien anderswo, als echte Signale der russischen öffentlichen Meinung aufgefasst werden. Schließlich bleiben kulturelle Haltungen zu Nationalismus, zu Patriotismus und zur Unterstützung starker Führungspersonlichkeiten wirkungsmächtige Kräfte in dieser Welt. Viele Russ:innen mögen keine Vorstellung davon haben, was in ihrem Namen vor sich geht, und sich nur nach den Bildern richten, die im russischen Staatsfernsehen gezeigt werden.

Die staatliche Propaganda und die Fake News über die Ukraine, die angeblich »auf die eigenen Bürger:innen in der Region Donbas schießt«, hatten schon 2014 begonnen und haben sich seither in Frequenz und Umfang verstärkt. Selbst wenn viele gewöhnliche Russ:innen fürchterlich desinformiert sein mögen, könnten die ersten Umfragen immer noch die *tatsächlichen* Einstellungen erfasst haben und eine schweigende Mehrheit im Inland abbilden, die das Vorgehen Putins unterstützt. Sie würden somit die soziale Konstruktion der Realität im heutigen Russland widerspiegeln. Gleichzeitig gibt es einige Argumente dafür, dass die ersten Umfragen mit sehr viel Vorsicht zu genießen oder gar als irrelevant zu verwerfen sind.

Staatliche Zensur und tendenziöse Meinungsforschung

Eines der Argumente lautet, dass viele Meinungsforschungsinstitute wie etwa WZIOM oder FOM vom Staat kontrolliert werden und längst nicht anerkannte unabhängige Umfrageergebnisse liefern, die denen von »Gallup«, IPSOS oder »YouGov« gleichwertig wären. Das wäre in der Tat ein wichtiger Punkt. Allerdings scheinen die Ergebnisse einer Reihe erster Umfragen unterschiedlicher Institute (die keineswegs identisch sind) nahezuzeigen, dass die Invasion zumindest in der Anfangsphase von einer *Mehrheit* der Russ:innen unterstützt wurde.

Die zuverlässigsten Daten, die in Russland verfügbar sind, kommen vom Lewada-Zentrum, einer wissenschaftlichen Nichtregierungsorganisation, die seit 1988 regelmäßig Umfragen durchführt. Lewada-Umfragen vom 17. bis 21. Februar 2022 haben ergeben, dass eine Mehrheit der Befragten (52 %) eine negative Einstellung gegenüber der Ukraine haben. Die meisten (60 %) gaben den Vereinigten Staaten und der NATO die Schuld für die Eskalation der Spannungen in der Ostukraine, während nur 4 % die Verantwortung hierfür bei Russland sahen. Die Umfragen zeigen, dass die Unterstützung für Putin seit Dezember netto um rund 13 Prozentpunkte zugenommen hat. Es gibt also einen Sammlungseffekt, wobei fast drei Viertel der Befragten (71 %) im Februar ihre Zustimmung zu Putins Führung äußerten.

Das waren keine isolierten Ergebnisse. Eine Umfrage, die die britische Agentur »Savanta ComRes« vor dem Krieg, nämlich vom 7. zum 15. Februar 2022 für den Sender CNN durchgeführt hat, förderte noch stärkere Haltungen zu Tage. Dort stimmte die Hälfte der Befragten (50 %) der Aussage zu, dass es »für Moskau richtig wäre, militärische Gewalt einzusetzen, um Kyjiw von einem NATO-Beitritt abzuhalten«. Zwei Drittel meinten, dass Russ:innen und Ukrainer:innen »ein Volk« seien, eine Ansicht, die in der Sowjetzeit gelehrt und die von Putin forciert wurde; dem stehen nur 28 % der Ukrainer:innen gegenüber, die das denken.

Das WZIOM veröffentlichte eine Umfrage vom 25. bis 27. Februar 2022, in der eine starke Unterstützung für die »militärische Spezialoperation« in der Ukraine deutlich wurde, wobei zwei Drittel der Befragten (68 %) sich dafür aussprachen, rund ein Viertel (22 %) dagegen waren, und nur 10 % sich nicht festlegen konnten. Die FOM veröffentlichte eine Umfrage, bei der 65 % der vom 25. bis zum 27. Februar 2022 Befragten »den Beginn von Russlands militärischer Spezialoperation« unterstützten. »Russian Field«, ein privates Meinungsforschungsinstitut, vermeldete, dass in einer Umfrage vom 26. bis 28. Februar 2022 58,8 % der Befragten das »russische militärische Vorgehen gegen die Ukraine« unterstützten. Die Washington Post schließlich legte ebenfalls eine Studie vor, die in der ersten Kriegswoche von einem Forscherteam unternommen wurde. Auch dort unterstützte eine Mehrheit der Russ:innen die Invasion (58 %), während nur ein Viertel (23 %) dagegen war.

Es ist klar, dass nicht alle Russ:innen vor Beginn der Invasion einen Krieg unterstützten, dass aber insgesamt verschiedenen Umfragen zufolge eine Mehrheit von rund 60 % dafür waren. Falls eine generelle Verzerrung die Ergebnisse aller privaten und staatlich kontrollierten Institute beeinflusst, wäre es unmöglich, systematische und echte Belege für die öffentliche Meinung festzustellen, sei es nun für oder gegen den Krieg.

Selbstzensur und verzerrte Antworten

Ein weiterer Grund für eine mögliche Verzerrung könnte in einer Selbstzensur bei den Befragten liegen, die zu unaufrichtigen Antworten und verzerrten Ergebnissen führt. Menschen, die unter repressiven Regimen leben, könnten versucht sein, bei heiklen Themen abweichende Meinungen zu vermeiden, weil sie befürchten, dass ihre Meinung an staatliche Stellen weitergegeben werden.

Diese Überlegung könnte zutreffen. Selbst in westlichen Ländern ist es oft schwierig, bei Umfragen die wahren Ansichten der Befragten festzustellen, weil diese zögern, auf direkte Fragen zu bestimmten moralischen Themen ihre Ansichten zu äußern, aus Angst vor sozialer Sanktionierung. Dabei könnte es um riskantes Sexualverhalten, offenen Rassismus, Sexismus oder Homophobie gehen, sogar um das Wahlverhalten. Noch mehr Schwierigkeiten gibt es, wenn in repressiven Regimen mit einer schwierigen Lage der Menschenrechte und der Meinungsfreiheit nach den Einstellungen zur Regierung gefragt wird.

Fragebogenexperimente sind dazu geeignet, versteckte Quellen von Verzerrung aufzuspüren. Einige Studien zur Popularität von Wladimir Putin, die diese Technik einsetzten, haben nur eine geringe Verzerrung der Antworten festgestellt. Andere wiederum haben stärkere Fälle von Selbstzensur festgestellt, etwa bei Studien in China. Unsere eigenen Fragebogenexperimente im World Values Survey (demnächst verfügbar) lassen annehmen, dass es in verschiedenen autoritären Staaten wie Äthiopien, Nicaragua und Iran unterschiedliche Verzerrungsgrade gibt, wenn die Menschen über ihre Unterstützung für den Staatsführer befragt werden. Selbst wenn in Russland einige Menschen Selbstzensur betreiben sollten, so ist doch zu bezweifeln, ob selbst die weitreichendsten Schätzungen zu verzerrten Antworten das Verhältnis in der öffentlichen Meinung zugunsten des Militäreinsatzes in der Ukraine kippen könnten, so wie es sich aus den ersten Umfragen ergibt.

Proteste und Widerspruch

Es gibt auch Ansichten, dass die »echte« russische Haltung verlässlicher an der Auswanderung von Russ:innen mit abweichender Meinung und dem Ausbruch massenhafter Straßenproteste und zivilen Ungehorsams abgelesen werden könnte. Menschenrechtsgruppen berichten von verbreiteten Antikriegsprotesten in Städten überall im Land, und zwar trotz des harten Vorgehens der Polizei und trotz drohender schwerer Verletzungen und Gefängnisstrafen. Bis heute sind Tausende Demonstranten festgenommen worden. Weitere Tausende Russ:innen sind ins Ausland geflohen.

Die Behauptung, dass diese Dissidenten die schlummernden wirklichen Ansichten der meisten gewöhnlichen Russ:innen zum Ausdruck bringen, könnte eher

westliche Hoffnungen repräsentieren als die Realität. In den meisten Ländern stellen Aktivist:innen normalerweise einen atypischen Querschnitt der allgemeinen Bevölkerung dar, selbst in liberalen Demokratien, in denen die Versammlungsfreiheit nicht eingeschränkt ist. Die »schweigende Mehrheit« wird sich kaum engagieren.

Hypothetische Fragen und ein fließendes Meinungsbild

Weitere Zweifel an der Verlässlichkeit russischer Umfrageergebnisse könnten hinsichtlich der Bedeutung von Antworten zu hypothetischen Themen aufkommen, bei denen die öffentliche Meinung fließend und vage ist. Hier könnten, wenn die Kästchen des Interviewers angekreuzt werden, spontane Antworten erfolgen, weil die meisten Befragten nicht groß nachgedacht haben.

Bei diesen ersten Umfragen war das der Fall. Mit der Zeit dürften sich die Haltungen festigen, wobei die Richtung jeglicher Antwort von kulturellen Werten und der Schuldzuschreibung abhängt. Die Frage, ob die Haltungen der Menschen in Russland so bleiben werden, wenn sich die Dinge weiterentwickeln, bleibt offen, insbesondere dann, wenn Soldaten in Leichensäcken heimkehren, die Wirtschaftssanktionen heftiger durchschlagen, mehr persönliche Informationen über die Grenzen gelangen und die Stärke des ukrainischen Widerstandes deutlich wird.

Weltweit hat es nach den historischen Ereignissen in der Ukraine, mit sehr umfassender Berichterstattung, und mit herzerreißenden Bildern von Flüchtlingen und Städten in Schutt und Asche, mit den Reden von Selenskyj und den bewegenden Interviews mit gewöhnlichen Ukrainer:innen einen dramatischen Meinungswandel in der Öffentlichkeit und in den Eliten gegeben. Die Auswirkungen werden beispielhaft an dem Politikwechsel in den NATO- und EU-Staaten (insbesondere in Deutschland) deutlich, der hinsichtlich der Finanzierung des Militärs und der Bedeutung der Sicherheit erfolgte.

Die Auswirkungen der Kriegsberichterstattung auf die öffentliche Meinung in Russland hängt jedoch von bisherigen kulturellen Haltungen ab, insbesondere von einer fatalistischen Haltung gegenüber der Regierung und von der Wirkungsmacht des Nationalismus, wie auch von dem Aufwand, der mit dem Zugang zu verfügbaren Information verbunden ist. Selbst wenn eine Opposition gegen den Krieg allmählich zunehmen sollte, können spätere Umfragen nicht rückwirkend als ein Hinweis auf die Meinungen in Russland zu Beginn der Invasion gelesen werden.

Gehirnwäsche durch Zensur in den Medien, staatliche Propaganda und Desinformation

Die letzte und plausibelste Erklärung, warum die ersten Umfragen eine Unterstützung in Russland für den

Krieg zeigen, besteht in der Manipulierung der öffentlichen Meinung durch staatliche Kontrolle und den verbreiteten Einsatz von Zensur, Propaganda und Desinformation im Innern wie auch im Ausland.

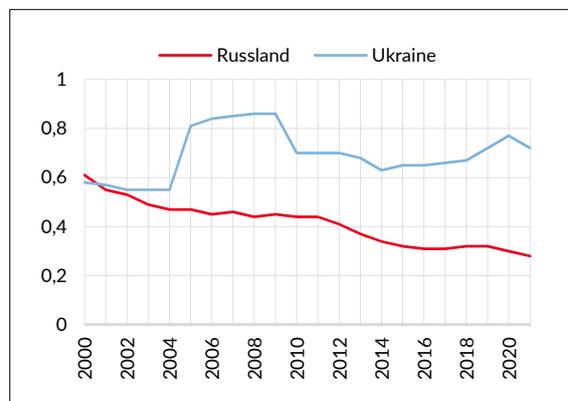
Es gibt Berichte, dass Russ:innen Erzählungen von Freunden und Verwandten, die in der Ukraine leben und den Krieg unmittelbar erleben, verwerfen. Stattdessen meinen Russ:innen, dass die ukrainische Armee auf Befehl der Regierung, die aus »Neofaschisten«, »Nationalisten« und »Drogenabhängigen« bestehe, unter »falscher Flagge« die eigene Bevölkerung angegriffen habe, um Putin dafür die Schuld zuzuschreiben. Diese »offizielle«, von Putins Regime formulierte Darstellung der Ereignisse wurde extensiv über das staatliche Fernsehen verbreitet. Informationen in ukrainischen oder internationalen Medien werden als »fake« gebrandmarkt und Bilder von Zerstörungen in ukrainischen Städten als »manipuliert« bezeichnet.

Seit vielen Jahren hat unter Präsident Putin die staatliche Kontrolle der Medien zugenommen. Dieser Prozess hat sich in den Wochen drastisch beschleunigt. Das Projekt »Varieties of Democracy« veröffentlicht einen Index zur Meinungsfreiheit und zu alternativen Informationsquellen, der darstellt, inwieweit der Staat die Freiheit der Presse und der Medien respektiert. Russland ist auf diesem Index seit dem Jahr 2000 stetig nach unten gerutscht, während die Ukraine im Vergleich höher rangiert.

Durch das jüngste Vorgehen ist Putins Zensur sehr viel strenger geworden. So bestimmt ein neues Gesetz, dass Journalisten, die militärische Informationen veröffentlichen, die vom Staat als falsch eingestuft werden, bis zu 15 Jahre Gefängnis drohen. Viele internationale Medienunternehmen wie CNN oder die BBC haben ihre Tätigkeit im Land ausgesetzt. Die in Russland noch verbliebenen unabhängigen Medien, z. B. die Zeitung »Nowaja Gaseta« hat ihre Arbeit eingestellt und der unabhängige Fernsehsender »Doshd« wurden geschlossen. Schon vor diesen Ereignissen hatte Russland 2021 auf dem Index der Pressefreiheit von »Reporter ohne Grenzen« auf Platz 150 von 180 Ländern gelegen.

Die modernen, gebildeten Russ:innen der Mittelschicht, insbesondere die technologieaffinen jüngeren Generationen, sind noch nicht so sehr isoliert und streng kontrolliert wie die Menschen in Turkmenistan, Eritrea oder Nordkorea. Um die Zensur zu umgehen, können sie immer noch Virtual Private Networks (VPN) einsetzen, um Zugang zu internationalen Nachrichten zu erlangen – die Nachfrage ist gestiegen. Der Zugang erfordert aber Anstrengungen und technisches Know-how. Die Ergebnisse des jüngsten »World Values Survey«, der 2018 in Russland und 2020 in der Ukraine durchgeführt wurde, besagen, dass immer noch zwei Drittel der Russ:innen das Fernsehen als primäre Quelle für

Grafik 1: Ergebnisse Russland und die Ukraine beim Index zur Meinungsfreiheit und zu alternativen Informationsquellen



Quelle: Varieties of Democracies dataset 2021; siehe auch Tabelle 1 auf S. 11.

die täglichen Nachrichten nutzen, und sich nur eine Minderheit auf das Internet stützt. Im Unterschied hierzu gibt es jetzt in der Ukraine zum Beispiel nahezu genauso viel primäre Internetnutzer wie Konsumenten von Fernsehnachrichten.

Unter den russischen Internetusern haben sich schon vor den kürzlichen staatlichen Blockaden gegen internationale Plattformen wie »Facebook« und »Twitter« viele auf russische Quellen verlassen. Der letzten Erhebung (Wave 3) des Eurasia Barometer (EAB) zufolge, die im November 2021 durchgeführt wurde, waren viele zu großen Teilen bei »VKontakte« und bei »Odnoklassniki«, also bei russischen Social-Media-Plattformen unterwegs. Ukrainer:innen haben auch weitaus stärker westliche/internationale soziale Medien genutzt als es Russ:innen taten.

Überaus wichtig ist unsere Erkenntnis, dass die Nutzung des Internet oder eben des Fernsehens in Russland einen Hinweis auf die politische Einstellung liefern, und zwar *in unterschiedlichen Richtungen*. Die Studienreihe Eurasia Barometer, die 1989 aufgelegt wurde, stellt hier eine der angesehensten und zuverlässigsten Quellen für wissenschaftliche Daten dar. Die Studie untersucht unter anderem das Vertrauen in den russischen Präsidenten und die Bewertung von Russlands Einfluss auf die Welt. Insgesamt wurde im November 2021 die Rolle Russlands in der Welt von rund 81 % der Befragten in Russland als positiv betrachtet, während es in der Ukraine nur 14 % waren. Das Vertrauen in den eigenen Staatschef lag in Russland bei 59 % und in der Ukraine bei nur 35 Prozent.

Nach der statistischen Kontrolle der standardmäßigen Hintergrundmerkmale ergab sich ein positiver Zusammenhang zwischen dem Konsum von Fernsehnachrichten in Russland und dem Vertrauen in Präsident Putin sowie einer positiven Wahrnehmung der Rolle

Russlands in der Welt. Demgegenüber erzeugt die Nutzung des Internet und sozialer Medien das umgekehrte Muster: weniger Vertrauen in Putin und mehr negative Ansichten zu Russlands Einfluss. Die Nutzung des Radios und von Tageszeitungen ergibt ein gemischtes Bild. Hier funktioniert wohl ein »virtuoser Kreis«; durch die Wahl der Nachrichtenquellen wie auch die Wirkung dieser Quellen wird eine Korrelation zwischen Medienutzung und politischen Einstellungen hergestellt.

Die Wirkung von Online-Quellen und sozialen Medien divergieren in den beiden Ländern drastisch. In Russland hat die staatliche Propaganda im Fernsehen und die Zensur unabhängiger sozialer Medien das Land isoliert und zahlreiche Menschen einer Gehirnwäsche unterzogen, sodass sie folgsam die Narrative wiederholen – »wie es im Fernsehen gesagt wurde«. Es bedeutet für Russ:innen einen Kraftaufwand, um Informationen aus unterschiedlichen Quellen zu erlangen und zu vergleichen. Für gewöhnliche Bürger:innen erfordert es aber eine noch sehr viel größere Opferbereitschaft, aufzustehen und öffentlich der Regierung zu widersprechen.

Für uns ist es ein Leichtes, Putin, seinen Gefolgsleuten im Kreml und den Sicherheitskräften die Schuld an dem Gemetzel, den Trümmern und dem Blutvergießen in diesem gewollten Krieg zu geben. Die passive gesellschaftliche Unterstützung für Putins Entscheidung zur Invasion in die Ukraine, die in Umfragen zum Ausdruck kommt, bedeutet jedoch, dass es wie bei Hitlers willigen Vollstreckern eine breitere Schuld an der anschließenden Katastrophe gibt. Auch die schweigende Mehrheit einfacher Bürger:innen in der russischen Gesellschaft trägt diese Mitverantwortung.

In der Ukraine hingegen ist der Strom von Echtzeitvideos über »Facebook«, »Telegram«, »Twitter«, »WhatsApp« und andere soziale Medien zu einer wichtigen Quelle von Informationen über die Grausamkeit von Putins ruchlosem Vorgehen gegen das Land geworden; gleichzeitig wird damit auch Moskaus Propaganda im In- und Ausland entlarvt. Die direkt eingefangenen Stimmen von Ukrainer:innen, nicht zuletzt in Interviews mit vielen, die des Englischen mächtig sind, mit Flüchtenden und offiziellen Sprechern, sind weltweit gehört worden.

Alle ukrainischen Ortschaften und Städte werden über mehrere »Telegram«-Kanäle und »WhatsApp«-Gruppen mit stetig aktualisierten Informationen über Granatenangriffe und Feueralarme sowie Gewinne und Verluste unter den ukrainischen Truppen oder der Zivilbevölkerung versorgt. Ebenso werden auf diese Weise Öffnungszeiten von Apotheken und Supermärkten, verfügbare humanitäre und medizinische Hilfe und vieles mehr bekanntgegeben. Täglich werden Tausende Videos verbreitet. Soziale Medien haben dabei geholfen, die ukrainische Verteidigung, die Evakuierungen und humanitäre Tätigkeiten im Land zu koordinieren,

während die ganze Welt den Konflikt live und in Echtzeit verfolgt.

Moskau hat versucht, diesen Prozessen entgegenzuwirken und seine erprobten Praktiken mit Fake News und Desinformation in die Ukraine zu exportieren. Anfang März wurden Fernsehtürme in Kyjiw und Charkiw angegriffen. Ein Sendeturm in Cherson wurde eingenommen, woraufhin die lokalen Radio- und Fernsehkanäle durch russlandfreundliche Audio- und Videobotschaften ersetzt wurden. Der von Russland eingesetzte neue »geschäftsführende Bürgermeister« von Melitopol hat die lokale Bevölkerung gedrängt, wegen »zuverlässigerer Informationen« auf russische Fernsehsender umzuschalten. Mit diesen Strategien soll ein falsches Narrativ rund um die russische Invasion in die Ukraine durchgesetzt und die gesamte Geschichte der russisch-ukrainischen Beziehungen umgeschrieben werden.

Lehren aus den Informationskriegen

Eine Reihe von Umfragen unterschiedlicher Meinungsforschungsinstitute hat ergeben, dass die schweigende Mehrheit der Russ:innen (rund 60 Prozent) anfangs den Einsatz von Gewalt in der Ukraine guthießen und die Unterstützung für Putin zugenommen hat. Es gibt mehrere Faktoren, die dies erklären könnten.

Putins Kontrolle im Innern stützt sich auf Hard Power, nämlich auf ein heftiges gewaltsames Vorgehen gegen Opponenten wie z. B. die Inhaftierung von Alexej Nawalnyj. Sie ist aber auch von Soft Power abhängig, insbesondere von bisherigen kulturellen Werten und nationalistischen Gefühlen, die durch die staatliche Kontrolle der Fernsehnachrichten und Zeitungen verstärkt werden. Die freie Presse ist in den vergangenen Jahrzehnten schrittweise unterdrückt worden, was sich durch die jüngst erlassenen Restriktionen gegen unabhängige Medien beschleunigt hat. Die offizielle Zensur unterdrückt aggressiv unabhängige Quellen für Nachrichten über die Ukraine. Selbstzensur hat vermutlich eine Spirale des Schweigens in der Gesellschaft verstärkt, wobei durch die Wahrnehmung, dass die Mehrheit Rückhalt gewährt, die offizielle Propaganda verstärkt und Kritiker marginalisiert werden.

Der Krieg in der Ukraine umfasst wie andere moderne Konflikte eine komplexe Kombination aus Hard Power (militärischer Gewalt) und Soft Power (Informationskriegen). Die Ukraine hat nach dem nicht provozierten Angriff auf eine souveräne Nation durch die moralisch eindeutige Lage der ukrainischen Flüchtlinge und die Tapferkeit des Widerstands auf der Weltbühne einen überwältigenden, weltweiten Soft Power-Sieg errungen. Beispielhaft hierfür ist die nahezu einhellige Verurteilung Russlands in einer Resolution der UN-Vollversammlung, in der die Mitglieder einen bedingungslosen Abzug fordern.

Solange jedoch die Botschaft nicht in die Herzen und Köpfe in Russland dringt und dort aktiven Widerspruch und Empörung gegen einen Krieg entfacht, der beide Länder zugrunde richtet, ist sie nicht mächtig genug, um Putins Herrschaft zu erschüttern. Während

die freie Welt mit Schrecken zuschaut, verwandelt russische Hard Power ukrainische Städte in Schutt und Asche.

Übersetzung aus dem Englischen von Hartmut Schröder

Dieser Beitrag erschien ursprünglich im LSE Blog der London School of Economics and Political Science unter dem Titel: »What Do Ordinary Russians Really Think about the War in Ukraine?«.

Über die Autorinnen

Dr. Kseniya Kizilova ist Leiterin des World Values Survey Association Secretariat und assoziierte Wissenschaftlerin der Nationalen W. N. Karasin Universität in Charkiw, Ukraine.

Prof. Dr. Pippa Norris ist vergleichende Politikwissenschaftlerin und profilierte Autorin. Sie lehrte mehr als drei Dekaden an der Harvard Universität.

STATISTIK

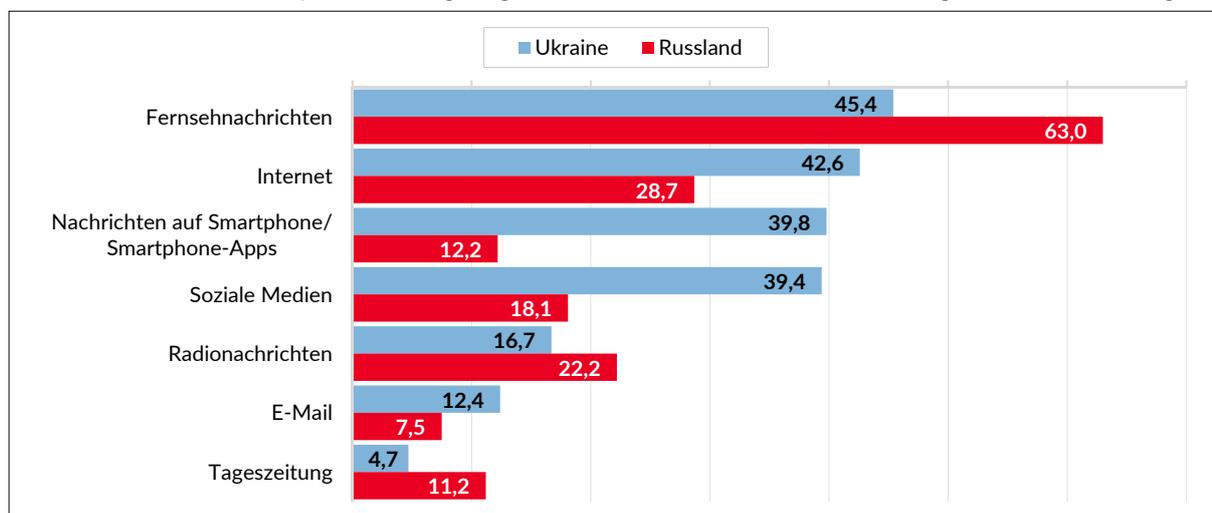
Meinungsbildung und Informationsquellen

Tabelle 1: Ergebnisse Russland und die Ukraine beim Index zur Meinungsfreiheit und zu alternativen Informationsquellen

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Russland	0,61	0,55	0,53	0,49	0,47	0,47	0,45	0,46	0,44	0,45	0,44
Ukraine	0,58	0,57	0,55	0,55	0,55	0,81	0,84	0,85	0,86	0,86	0,70
	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Russland	0,44	0,41	0,37	0,34	0,32	0,31	0,31	0,32	0,32	0,30	0,28
Ukraine	0,70	0,70	0,68	0,63	0,65	0,65	0,66	0,67	0,72	0,77	0,72

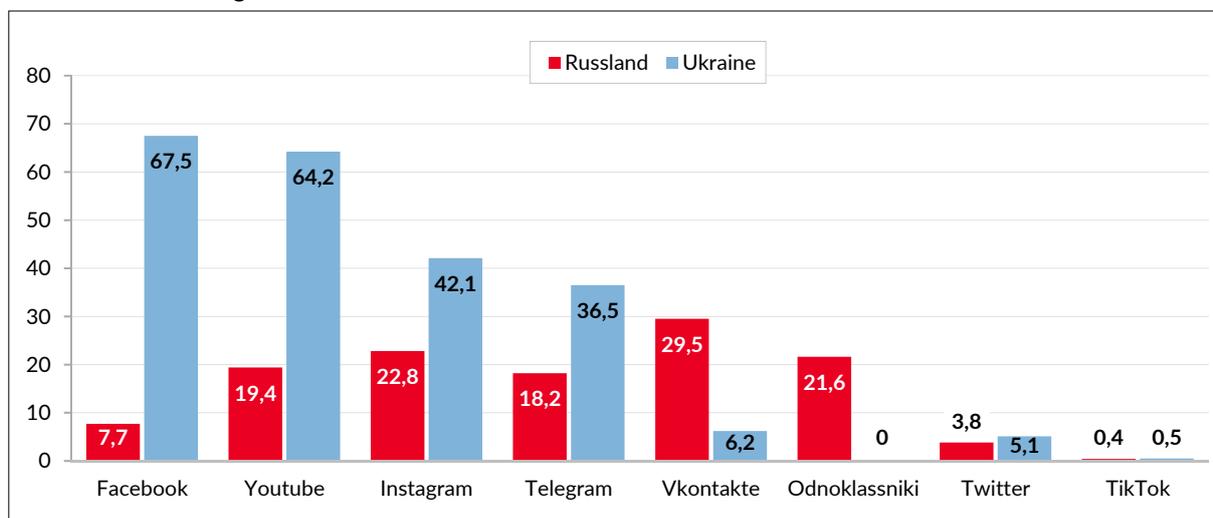
Quelle: Varieties of Democracies dataset 2021.

Grafik 2: Informationsquellen, die täglich genutzt werden, um das Geschehen im eigenen Land zu verfolgen



Quelle: World Values Survey, Wave 7 (2018 - 2021), N=1.289 in der Ukraine; N=1.810 in Russland.

Grafik 3: Nutzung sozialer Medien in der Ukraine und in Russland



Anmerkung: Der Anteil der Nutzer wurde so berechnet, dass die Zahl der Interviewten als Grundlage genommen wurde. In beiden Ländern gaben rund 16 % der Befragten an, »niemals« eines der sozialen Netzwerke zu nutzen, unter anderem, weil sie keinen Zugang zum Internet haben.

Quelle: Eurasia Barometer, Wave 3 (Nov 2021), N=1.509 in der Ukraine; N=1.205 in Russland.

Tabelle 2: Medienquellen und politische Wahrnehmung in Russland

	Vertrauen in den Präsidenten (4 Pkt.)			Russlands Einfluss auf die Welt (6 Pkt.)			
	Beta	Std. Beta	Sig	Beta	Std. Beta	Sig	
Medienquellen							
TV-Nachrichten	0,405	0,196	***	0,316	0,147	***	Hauptinf.-Quelle: Ja (1) / Nein (0)
Internet und soziale Medien	-0,334	-0,150	***	-0,383	-0,165	***	Hauptinf.-Quelle: Ja (1) / Nein (0)
Tageszeitung	0,327	0,064	**	-	-	-	Hauptinf.-Quelle: Ja (1) / Nein (0)
Radio	-	-	-	-0,256	0,054	*	Hauptinf.-Quelle: Ja (1) / Nein (0)
Kontrollen							
Sozioökonomischer Status	0,098	0,172	***	0,067	0,112	***	Subjektiver SÖS: 10 Pkt.
Alter	0,007	0,127	***	0,004	0,062	**	Numerische Variable: (18-99)
Geschlecht (m)	-0,119	-0,057	**	-	-	-	M (1) / F (0)
Bildung	-	-	-	-0,045	-0,080	**	Bildung: 10 Pkt.
adjustiertes R2	0,178			0,121			

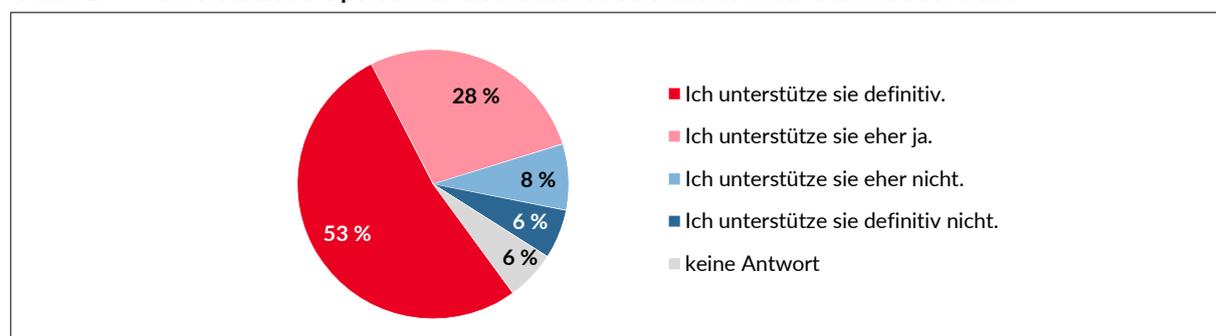
Quelle: Eurasia Barometer, Wave 3 in Russland (n=1.205; November 2021).

UMFRAGEN

Einstellung zum »Konflikt in der Ukraine«

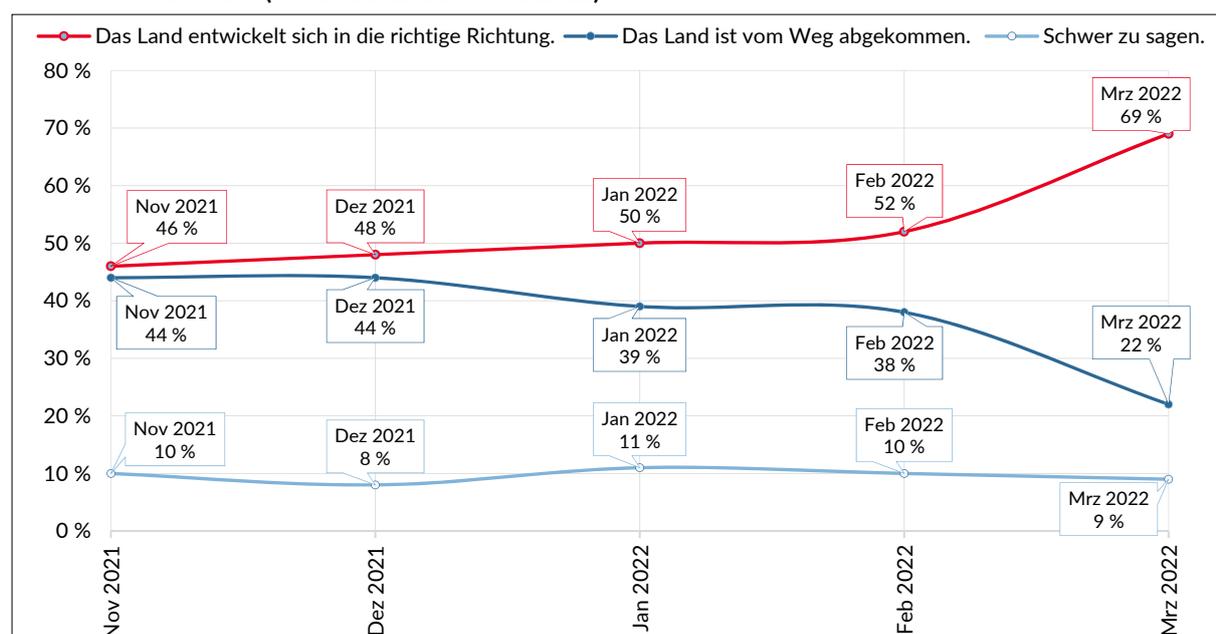
Die folgenden Meinungsumfragen sind vom Lewada-Zentrum als repräsentative Studie mit 1.632 Teilnehmer:innen aus der russischen Bevölkerung vom 24. bis zum 30. März 2022 durchgeführt worden. Das Lewada-Zentrum ist ein unabhängiges Meinungsforschungsinstitut, das unter die Gesetzgebung zu sogenannten »ausländischen Agenten« in Russland fällt und als anerkannte und glaubwürdige Einrichtung gilt. Allerdings hat eine vom Zentrum eigens durchgeführte Befragung bereits im Jahr 2016 ergeben, dass nur ein Drittel der Befragten zugab, ehrlich auf Fragen zu Politik in Meinungsumfragen zu antworten. Somit kann ein verlässliches Meinungsforschungsinstitut lediglich nur die Antworten abbilden, die es erhält. Diese Meinungsumfrage offenbart, dass das, was Menschen bereit sind in der Öffentlichkeit zu sagen nicht zwangsläufig das ist, was sie wirklich glauben. Für eine kritische Auseinandersetzung dazu lesen Sie bitte den Beitrag von Kseniya Kizilova und Pippa Norris in dieser Ausgabe (Russland-Analysen 418).

Grafik 1: Unterstützen Sie persönlich die russischen Streitkräfte in der Ukraine oder nicht?



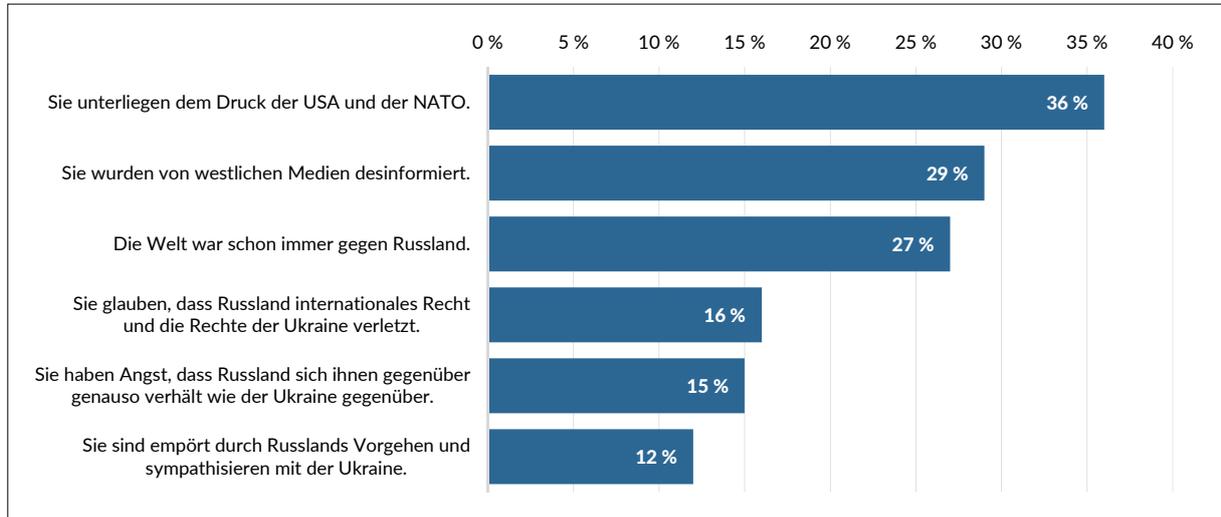
Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 24. - 30.03.2022, veröffentlicht am 31.03.2022; <https://www.levada.ru/2022/03/31/konflikt-s-ukrainoj/>.

Grafik 2: Entwickelt sich das Land aktuell im Allgemeinen in die richtige Richtung oder ist es vom Weg abgekommen? (November 2021 – März 2022)



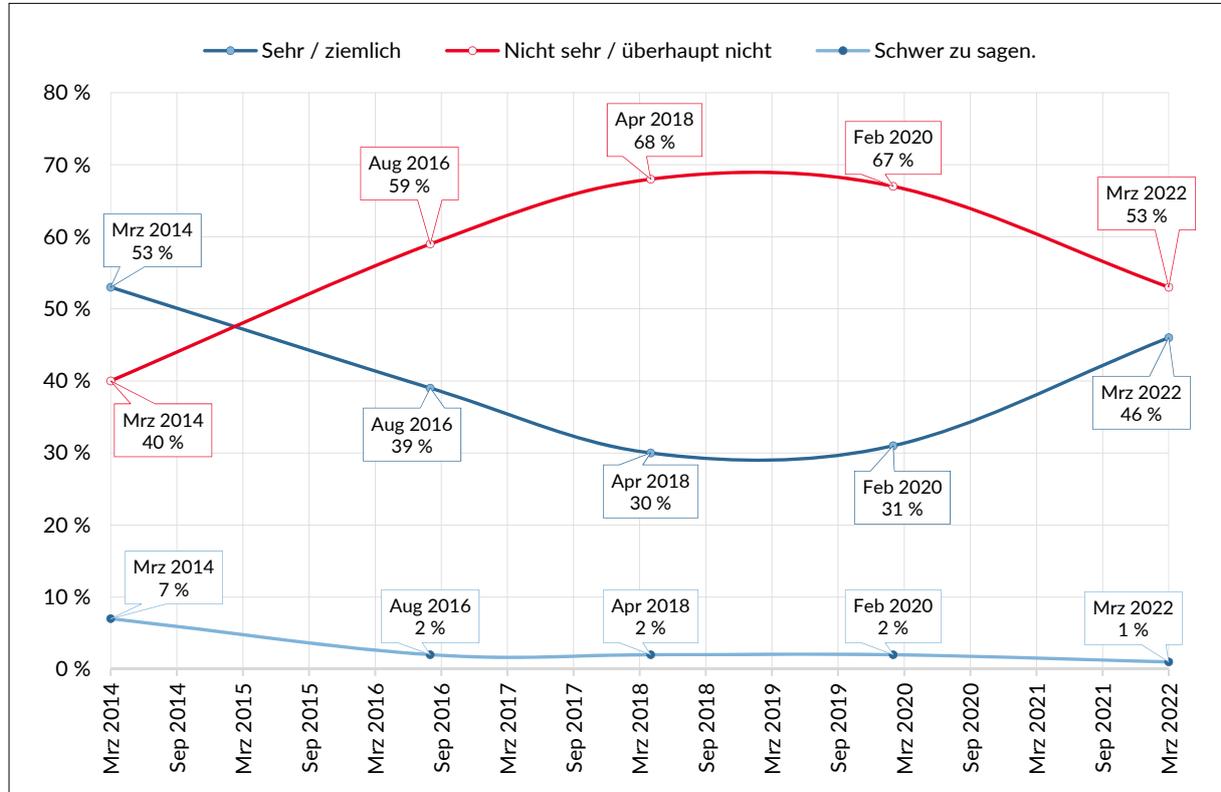
Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 24. - 30.03.2022, veröffentlicht am 31.03.2022; <https://www.levada.ru/2022/03/31/konflikt-s-ukrainoj/>.

Grafik 3: Was denken Sie, warum hat eine beträchtliche Anzahl an Staaten das Handeln Russlands in Bezug auf die Ukraine verurteilt? (mehrere Antworten möglich)



Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 24. - 30.03.2022, veröffentlicht am 31.03.2022; <https://www.levada.ru/2022/03/31/konflikt-s-ukrainoj/>.

Grafik 4: Sind Sie besorgt wegen der politischen und wirtschaftlichen Sanktionen des Westens Russland gegenüber? (März 2014 - März 2022)



Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 24. - 30.03.2022, veröffentlicht am 31.03.2022; <https://www.levada.ru/2022/03/31/konflikt-s-ukrainoj/>.

Festung Russland: Völlig verloren im wirtschaftlichen Sanktionskrieg, tiefe Wirtschaftskrise unausweichlich

Gunter Deuber (Raiffeisen Bank International AG, Wien)

DOI: 10.31205/RA.418.03

Zusammenfassung

Mit der »Festung Russland«-Strategie hat Russland sich seit Jahren auf fassbare westliche Wirtschafts- und Finanzsanktionen vorbereitet. Mit dem Einmarsch in die Ukraine hat die westliche Welt aber eine unvorhergesehen breit angelegte Sanktionsspirale in Gang gesetzt. Instrumente der wirtschaftlichen Kriegsführung wurden schnell implementiert. Noch umfassender und von russischer Seite komplett unerwartet waren die »privaten« freiwilligen Sanktionen (Rückzug von Unternehmen, Lieferstopps in nicht sanktionierten Sektoren usw.). Das Gros der Sanktionen wird lange Zeit in Kraft bleiben, die Firmenrückzüge werden eher dauerhaft sein. Russlands wirtschaftliches Krisenmanagement ist bisher eklektisch und defensiv; stärkere Gegenmaßnahmen könnten noch folgen und deuten sich schon an.

BIP-Entwicklung und Ausblick auf Wirtschaftsentwicklung

Russland steht in den Jahren 2022 und 2023 vor der schwersten und selbstverschuldeten Wirtschaftskrise seit der tiefen und mehrjährigen Transitionskrise Anfang der 1990er Jahre. Das komplexe Zusammenspiel von tiefen offiziellen westlichen Wirtschafts- und Finanzmarkt-sanktionen sowie einem in der modernen Wirtschaftsgeschichte nicht dagewesenen Rückzug von großen und mittelständischen ausländischen Firmen, Investoren und Handelspartnern aus Russland (private Sanktionen) wird in eine sehr tiefe Rezession und voraussichtlich lange anhaltende ökonomische Stagnation führen. Am Finanzmarkt ist Russland durch die äußerst schnell etablierten und sehr weitgehenden westlichen Finanzsanktionen, die auch weit über eine reine öffentliche Sanktionierung durch die USA, das Vereinigte Königreich und die EU hinausgehen, in Teilbereichen schon jetzt nahe an einem finanziellen Kollaps.

Der BIP-Einbruch bzw. der Einbruch an Wirtschaftsleistung im Jahr 2022 sollte deutlich tiefer sein als in vorigen Krisen (etwa während der globalen Finanzkrise 2008 und der Jahre nach der Krim-Annexion 2014 und 2015). Zudem ist im Vergleich zu früheren Krisen auch für 2023 mit einem weiteren BIP-Einbruch zu rechnen und mit einer langen anhaltenden Rezession über viele Quartale. In Summe könnte die Wirtschaftsleistung in den kommenden 12 – 24 Monaten mindestens um 10 – 15 Prozent einbrechen, mit Abwärtsrisiken. Diesmal sind schnelle Erholungs- und Rückprallmuster, wie sie sonst für Emerging Markets kennzeichnend sind, im Falle Russlands undenkbar. Eine konkrete Punktprognose für die Tiefe der kommenden Rezession ist kaum möglich. Ein wahrscheinlich noch starkes erstes Quartal bei Indikatoren wie der Industrieproduktion oder den Einzelhandelsumsätzen bzw. damit in der BIP-

Rechnung und Hortungskäufe unmittelbar nach Kriegsbeginn könnten teils vor einem sehr dramatischen rechnerischen Einbruch im Jahr 2022 bewahren. Zudem ist nicht eindeutig abschätzbar, wie drastisch die Importe einbrechen werden, wieviel Export wie lange und wohin noch möglich ist bzw. damit auch wie hoch der (positive) Außenbeitrag rechnerisch zum BIP-Wachstum ausfallen wird. Im Lichte aktueller Entwicklungen könnten die Importe heute um 40 – 50 Prozent einbrechen, der Export nur um 10 – 15 Prozent. Derzeit ist auch noch nicht absehbar wie drastisch der heimische Konsum und das Wirtschafts- plus Investitionsvertrauen in Russland unter den Sanktionen leiden werden und Rücksetzer durch lokale Stützungsprogramme kompensiert werden können.

Die lokalen Zins- und Finanzierungsbedingungen haben sich bereits drastisch verschärft. Exemplarisch ist dabei ein Leitzins von 20 %. Für das Jahr 2022 ist mindestens mit einer Inflation im Jahresschnitt von 20 bis 25 % zu rechnen. Auch im Jahr 2023 wird die Inflation aller Voraussicht nach zweistellig sein und dies wird zu weiter sinkenden Reallöhnen führen. Die Notenbank sieht ein Erreichen ihres Inflationszieles frühestens im Jahr 2024 als realistisch an. Zusätzlich wird Russland angesichts der wirtschaftlichen Isolation auf absehbare Zeit nicht von im Außenhandel resultierenden Wachstumseffekten aus der drastischen Rubel-Währungsabwertung profitieren können. Das ist oftmals ein Kanal über den ansonsten überraschend schnelle Erholungen in Emerging Markets ausgehen und über den Russland im Nachgang der 1998er Wirtschafts- und Finanzkrise, und der daraus resultierenden Rubelabwertung, profitiert hat.

Allerdings ist in Russland kein BIP-Einbruch zu erwarten wie etwa im Falle des Irans während der Revolution in den Jahren 1979/1980 (BIP-Rückgänge von

10 % und 27 %). Im Gegensatz dazu verfügt Russland über mehr eigene Ressourcen, gefestigte Wirtschaftsstrukturen in einigen Teilbereichen, die sich schon länger auf Autarkie ausgerichtet haben, sowie eine funktionierende wirtschafts- und finanzpolitische Bürokratie. Außerdem werden gewisse Exportaktivitäten weiterhin möglich sein, vor allem auf dem Landweg. Dennoch wird der bevorstehende Wirtschaftseinbruch dramatisch sein gerechnet auf die Wirtschaftskraft des Landes in Fremdwährung als auch in Bezug auf das allgemeine Wohlstandsniveau. Beim BIP in Fremdwährung wird Russland 2022/2023 auf ein Niveau von knapp über 1,3 Mrd. US-Dollar zurückfallen – wo die Wirtschaftskraft des Landes schon 2007 und 2015 war. Zu Beginn der 2010er Jahre lag das russische BIP in Fremdwährung gerechnet sogar noch bei knapp über 2,0 Mrd. US-Dollar. Es liegt derzeit etwa knapp 2,5-mal höher als zum Ende der 1980er Jahre, während die Weltwirtschaftsleistung in diesem Zeitraum um den Faktor 4,5 zugelegt hat. Das zeigt den relativen wirtschaftlichen Bedeutungsverlust Russlands, der sich nun weiter fortsetzen sollte. In Summe kann man mit Bezug auf BIP-Niveaus von 2007/2008 schon jetzt von wirtschaftlich 15 verlorenen Jahren sprechen. Ebenso dramatisch ist die bewusst in Kauf genommene fehlende Wohlstandsmehrung, die auf sehr langfristige Sicht einen Effekt haben wird. Das Zusammenspiel der Wirtschafts- und Finanzsanktionen sowie der sich abzeichnende Abfluss gut ausgebildeter Kräfte (Brain-Drain) – auch das eine Parallele zur Zeit der Iran-Revolution – wird das schon niedrige Potenzialwachstum der russischen Volkswirtschaft weiter absinken lassen. Konnte man vor dem Ukraine-Krieg das Potenzialwachstum der russischen Volkswirtschaft bei 1,5 % ansetzen, ist diese Kenngröße nun deutlich unter 1 % anzusetzen.

Völlige Unterschätzung der Sanktionsdynamik und des Globalumfeldes

Der anstehende Wirtschaftseinbruch wird aller Voraussicht nach deutlich heftiger ausfallen als wohl von der Staatsführung in ihrer zynischen Vorbereitung für den Ukraine-Krieg mit einkalkuliert. Denn die westlichen und international koordinierten Finanz- und Wirtschaftssanktionen sind viel rascher und weitreichender implementiert worden als aller Voraussicht nach von russischer Seite antizipiert. Von der westlichen Seite sind aber bewusste, klare und rasche Elemente einer – in der Wissenschaft sogenannten – »ökonomischen und finanziellen Kriegsführung« eingesetzt worden, die die russische Seite natürlich auch als solche erkannt und benannt hat. Exemplarisch ist hier die sehr weitgehende Sanktionierung der russischen Notenbank (CBR). Gemäß Indikationen vom Finanzplatz Moskau hatte man damit nicht gerechnet; maximal wurde von einem Ausschluss

aus dem Zahlungssystem SWIFT ausgegangen. Die sehr weitreichenden westlichen Finanzsanktionen entfalten eine sehr breite Wirkung auf die Möglichkeiten überhaupt noch großvolumigen Außenhandel, auch in noch nicht sanktionierten Bereichen, finanziell und logistisch abzuwickeln. Sie werden mit besonderer Schärfe durch die USA und das Vereinigte Königreich betrieben, indem u. a. der fast vollständige Ausschluss Russlands von den dortigen Finanzplätzen forciert wird. Bezeichnend ist, dass selbst ohne breit angelegtes westliches Ölembargo derzeit schon etwa 50 – 80 % der russischen Rohölexporte per Schiff nicht mehr abgewickelt werden können; im Luftfrachtgeschäft gibt es derzeit ebenso kaum noch Abwicklungsmöglichkeiten (was etwa den Palladiumexport einschränkt). Außenhandelsfinanzierungen, die Absicherung von Russlandgeschäften und die logistische Abwicklung sind einfach nicht mehr zu normalen wirtschaftlichen Konditionen durchführbar. Solche Unsicherheiten führen dazu, dass traditionelle Abnehmer einfach keine russischen Produkte mehr kaufen wollen, auch beim Öl. Unter anderem deswegen liegt der Preisabschlag der russischen Ölsorte Urals vom Weltmarktpreis derzeit auf nicht gekannten Niveaus von 20 bis 40 US-Dollar. Des Weiteren stehen mit dem durch die USA und die EU betriebenen Ausschluss Russlands aus WTO-Regularien in Zukunft substanzielle Strafzölle auf noch handelbare russische Produkte im Raum.

Neben der staatlichen Sanktionierung in den letzten Wochen erfolgte eine so von russischer Seite wohl nicht erwartete private Sanktionierung, die unter Abwägung von Reputationsrisiken sowie der zu erwartenden schwierigen Wirtschaftssituation heute und in den kommenden Jahren ausgelöst wurde. Schon jetzt haben mehr als 400 internationale Großfirmen ihre Russlandgeschäfte auf Eis gelegt, verkauft oder beliefern den russischen Markt nicht mehr. Dabei geht es nicht »nur« um Energiekonzerne oder Konsum- und Luxusgüterhersteller, die die Einkaufsstrassen in Moskau und Sankt Petersburg füllen, sondern auch um viele internationale Industrie-, Investitionsgüter- und Maschinenhersteller (z. B. für Baumaschinen oder Reifen). Die russische Seite hat offenbar die gegenwärtige mediale Wirkung des Einzugs in der Ukraine, den zunehmenden Fokus im internationalen Wirtschaftsleben auf soziale Aspekte und Governance-Themen sowie die heutige Cancel Culture als auch die Verbreitung von Managementkonzepten der schnellen Anpassung (auch in Großkonzernen) komplett unterschätzt. Denn die Russlandgeschäfte sind für viele internationale Großkonzerne angesichts der nominal geringen Wirtschaftskraft Russlands nicht von systemischer Bedeutung und somit entbehrlich. Erhebliche private Sanktionen sind nicht nur im Bereich von vielen Großfirmen und Exportverboten, sondern auch beim Mittelstand zu erwarten und bereits erkennbar,

während in diesen Bereichen die Finanzsanktionen natürlich ebenso gravierende Wirkung entfalten. Das Fehlen von Lieferungen und technologischen Importen sollte heute und mittelfristig zu enormen Verspannungen im russischen Wirtschaftskreislauf führen, die derzeit noch nicht eins-zu-eins absehbar sind und nicht einfach »zentralplanerisch« substituierbar sein werden. So musste der Fahrzeughersteller AvtoVAZ bereits ankündigen, die Sommerbetriebsferien auf den April vorzulegen. Gerade im Technologiebereich wird es schwierig sein, entsprechenden Ersatz am Weltmarkt zu finden. Die sehr tiefgreifenden westlichen Finanzmarktsanktionen machen es für nicht-westliche Großfirmen sehr schwer, aktiv ein substantielles Russland-Geschäft zu betreiben. Dies zeigt die in den letzten Wochen deutlich gewordene vorsichtige Haltung des chinesischen Energiekonzerns Sinopec in Bezug auf (neue) Russlandinvestitionen. Auch große chinesische (Staats-)Banken haben auf eine sehr restriktive Außenhandelsfinanzierungspraxis im Russlandgeschäft umgestellt. Selbst die gemeinsame Entwicklungsbank (NDB) der BRICS-Staaten hat Anfang März alle neuen Russlandfinanzierungen und -projekte auf Eis gelegt.

Naivität im Bereich der Finanzsanktionen – oder relevante Stellen nicht bis ins Schlimmste eingeweiht?

Noch nie zuvor wurde ein großer, handelsoffener und (zuvor) noch international integrierter Staat mit solchen Finanzsanktionen belegt wie es jetzt Russland in den letzten Wochen erfahren hat. Zum Vergleich: Hart sanktionierte Länder wie Iran, Venezuela oder Nordkorea hatten in Vor-Sanktionierungszeiten finanzielle Verflechtungen in das Ausland von 15 – 20 Mrd. US-Dollar (Iran und Venezuela) und 2 Mrd. US-Dollar (Nordkorea). Bei Russland belaufen sich die Verflechtungen auf mindestens 250 – 500 Mrd. US-Dollar. Angesichts dieser Relationen wird nochmals deutlich, welche ökonomisch-rational gesehen unverantwortliche Risikoeskalation Russland in Kauf genommen hat. Das rasche westliche Agieren in Bereich der Finanzsanktionen war möglich, da es eine akribische und koordinierte Vorbereitung auf westlicher Seite gab und dies im engen Austausch zwischen öffentlichen und privaten Akteuren passierte. Insofern war es möglich angesichts des brutalen Vorgehens Russlands in der Ukraine schnell zu massivsten Finanzsanktionen zu greifen, die eindeutig über zuvor öffentlich diskutierte Optionen (wie der Ausschluss vom SWIFT-Zahlungssystem) hinausgingen.

Zentral war vor allem das mögliche Einfrieren der Devisenreserven bzw. die umfassende Sanktionierung der CBR als Institution. Wobei diese Sanktionsoption auch zeigt, dass Russland offenbar nicht mit der raschen Umsetzung so einer Maßnahme gerechnet hat. Denn

aus russischer Sicht erscheint es in der Logik einer ökonomischen Kriegsführung geradezu naiv, einen Großteil der Devisenreserven in französischen und deutschen Wertpapieren bzw. Guthaben bei westlichen nationalen Notenbanken und damit im Eurosystem zu halten, die im Falle solcher Sanktionen automatisch betroffen sind.

Die entschiedene Reaktion der USA, der EU und der G7-Staaten hat auch dazu geführt, dass die Länder starker Finanzplätze wie die Schweiz oder Singapur, die ansonsten seit Jahren keine westlichen Finanzsanktionen eins-zu-eins umsetzen, sich den Finanzsanktionen angeschlossen haben. Die harte Sanktionierung der CBR hat diese Institution auf eine Stufe gestellt mit Notenbanken von Ländern wie dem Iran, Venezuela, Myanmar oder Afghanistan. Die harte Sanktionierung der CBR hat aus dieser in internationalen Fachkreisen vor dem Ukraine-Krieg angesehenen Institution einen Paria-Akteur gemacht. Eine maximal harte und vielleicht auch partiell überraschende Sanktionierung war notwendig, da sich Russland in den letzten Jahren akribisch auf sogenannte »kosmetische« bis moderate Finanzmarktsanktionen vorbereitet hat. Es gibt den treffenden Begriff der »Festung Russland«-Strategie (also die Strategie der jahrelangen exzessiven Anhäufung von Devisenreserven, der internationalen Entschuldungspolitik, der vorsichtigen Fiskalpolitik, alles mit dem defensiven Ziel der Sanktionsabsicherung), die man eben genau ins Zentrum der heftigen westlichen Finanzsanktionspolitik stellen musste. Zugleich wird so auch der finanzielle Spielraum Russlands für die Stützung von »verbündeten« Staaten wie z. B. Venezuela eingeschränkt.

Am lokalen Finanzmarkt und auch in Bezug auf die internationale Investorensicht haben die umfassenden westlichen Finanzsanktionen schon eine vernichtend schnelle Wirkung gehabt. Innerhalb von einer Woche wurden so de facto 20 – 30 Jahre der Aufbauarbeit im Finanzbereich und im Bereich der Kapitalmarktrepputation zu Nichte gemacht. Die Länderrisikobewertung Russlands ist innerhalb von Tagen in den Bereich von zahlungsunfähigen und/oder zahlungsunwilligen Ländern wie etwa Sri Lanka gerückt. Auch im Finanzbereich gab es spürbare private Sanktionen mit dem angekündigten Rückzug vieler international wichtiger Finanzmarktakteure aus dem Großkundengeschäft mit Russland (etwa der führenden US-Investmentbanken und der beiden großen deutschen Privatbanken) und globaler Zahlungsanbieter wie z. B. Visa, Master Card, American Express, Apple Pay, PayPal (nur das chinesische Zahlungssystem Union Pay funktioniert noch in Russland). Russische Vermögenswerte werden in den kommenden Tagen und Wochen komplett von relevanten internationalen Benchmark-Indizes und Handelsplattformen ausgeschlossen.

Die umfassenden öffentlichen und privaten westlichen Finanzsanktionen haben eine unerwartet harte Devisenbewirtschaftung für Firmen und Privatpersonen vor Ort notwendig gemacht, während die lokalen Finanzmärkte de facto auch dysfunktional sind. Die Börse in Moskau war für Wochen geschlossen, Wertpapierverkäufe und Auszahlungen an Ausländer waren nicht möglich. Das Einfrieren der Markttransaktionen sollte den Rubelkurs stützen. In den kommenden Tagen und Wochen steht eine vorsichtige Öffnung der lokalen Finanzmärkte an, mit unterschiedlichen Transaktionsregeln für Inländer und Ausländer. Die Existenz sogenannter lokaler Märkte (onshore) und externer Marktsegmente (offshore) etwa für den Devisen- oder Wertpapierhandel wird wohl noch lange Zeit von den Geschehnissen prägend sein.

Trotz administrativer Marktbeschränkungen hat der Rubel zeitweise bis zu 50 % seines Außenwertes eingebüßt. Russische Exporteure müssen zwangsweise 80 % ihrer Deviseneinnahmen umtauschen, um den Rubelkurs ansatzweise zu stabilisieren. Russische Bürger – ohne Devisenkonto – kommen derzeit und bis September nicht mehr an Fremdwährung, während das Abhebelimit für Bürger mit Devisenkonto auf 10.000 US-Dollar beschränkt ist. Kleine Firmen dürfen Fremdwährung bis September auch nur noch in Kleinstmengen von 5.000 US-Dollar abheben. Das sind erhebliche Restriktionen im Lichte der Tatsache, dass private Einleger in Russland über Summen im Bereich von 90 Mrd. US-Dollar verfügen, Unternehmen zusätzlich über mindestens 150 Mrd. Dollar. Damit kommen die Finanzsanktionen – im Gegensatz etwa zu der Sanktionierung in 2014/2015 – in der Breite des Wirtschaftslebens und der Bevölkerung an. An eine schnelle Erholung glauben auch Russlands Behörden nicht mehr. Die Devisenbewirtschaftung soll bis in den Herbst weitergehen, Marktpreise für russische Vermögenswerte in der Bank- und Bilanzbewertung sind bis in dem Herbst auf Vorkriegsniveau eingefroren.

Technische und/oder de facto Staatspleite als Symbol der Zeitenwende

In den kommenden Tagen und Wochen wird aller Voraussicht nach eine (Fach-)Diskussion über eine technische oder de facto Staatspleite Russlands aufkommen. Die Zahlungsfähigkeit von Devisen, angefangen bei russischen (Groß-)Unternehmen bis hin zum Staat ist durch mehrere Faktoren eingeschränkt.

Im Sinne der ökonomischen Kriegsführung hat Russland eine Liste unfreundlicher Staaten definiert, an die Devisen-Auslandszahlungen gemäß einem Präsidentendekret nur noch in Rubel erfolgen. In gewissen Finanzierungs- und Staatsanleiheverträgen hat sich Russland seit 2014 sogar zynischer Weise auf westliche Sank-

tionen eingestellt. Darin gibt es Vertragsklauseln, die eine anders geartete Rückzahlung als in der Ursprungswährung bzw. Fremdwährung erlauben. Kurz: Russland sicherte sich das Recht zu, ausländische Staatsanleihebesitzer in Rubel auszahlen zu können. Aber in anderen Finanzierungsstrukturen, vor 2014, hat Russland dieses Recht nicht. De facto stellt damit dann eine Rubel-Überweisung wie im Präsidentendekret gefordert, einen Zahlungsausfall dar, da eben eine einseitige Vertragsänderung vorliegt. Interessanterweise wurde dieses Dekret aber in der Praxis erstmal länger nicht angewendet. Russische (Groß-)Firmen wie etwa Gazprom, Rosneft, RZD (staatliche Eisenbahngesellschaft), Norilsk Nickel oder Severstal haben, teils mit Ausnahmegenehmigung des Finanzministeriums, im März noch Zahlungen in Fremdwährung getätigt und damit implizit das Dekret unterwandert. (Allerdings taten sie dies in komplexen Offshore-Zahlungsstrukturen.) Der Staat selbst hat bisher auch noch Dollar-Zinszahlungen geleistet, da das US-Sanktionsregime dies derzeit noch bis zum 22. Mai 2022 ermöglicht. Bis dato will man in Russland, und hier wohl vor allem in der öffentlichen Bürokratie und den Großfirmen selbst, noch einen technischen Zahlungsausfall verhindern. Dennoch gibt es schon jetzt in den ersten vier Wochen der harten Sanktionen Vorfälle, die in Richtung technischer Zahlungsausfälle hindeuten (etwa bei einer Zahlung von Severstal auf eine Auslandsanleihe). Dies ist das Resultat der komplexen Finanzsanktionen des Westens sowie der persönlichen Sanktionierung von Firmeneigentümern (Aktionären), während die Rechts- und Complianceabteilungen in westlichen Finanzinstitutionen derzeit bei jeder Transaktion mit Russland-Bezug lieber übervorsichtig sind. Gemäß jüngsten Indikationen können neue Präzisierungen bei den US-Finanzmarktsanktionen schon zu einem früheren staatlichen technischen Zahlungsausfall führen, als mit dem 22. Mai 2022 im Raum steht.

Sollte es zu schweren Friktionen im Zahlungsbereich, Zahlungsausfällen bei russischen Unternehmen oder einer technischen Staatspleite kommen (etwa wenn USAusnahmegenehmigungen im Mai nicht verlängert werden), wird man dies von Seiten Russlands auf die westlichen Sanktionen schieben. Wer die weiter im Raum stehende technische Staatspleite Russlands dann aufgelöst hat, ist aber sekundär. Denn primär zeigen die skizzierten Sachverhalte: Einerseits hat sich Russland über Jahre versucht, auf eine Sanktionierung vorzubereiten. Andererseits blieb somit nur noch eine äußerst harte finanzielle Sanktionierung übrig und das Risiko für so einen Einschnitt und die daraus resultierenden Folgewirkungen hat man in Russland bewusst in Kauf genommen. Derzeit gibt es damit auf westlicher Seite keinerlei Möglichkeit mehr, mit deiner gewissen Planbarkeit und finanziellen Absicherungsmöglichkeiten sinnvoll Russ-

land-Geschäfte zu betreiben und Russland-Geschäfte zu versichern. Im Jahr 2022 sind noch etwa 60 Mrd. US-Dollar an Auslandsschulden fällig und es bleibt abzuwarten was davon bedient wird und in welcher Währung. Eine harte Finanzmarktsanktionierung Russlands war aber möglich, da das schwache Abschneiden der russischen Wirtschaft im Zusammenspiel mit einem eher moderaten finanziellen Entwicklungsgrad plus der aktiv betriebenen Entschuldung dazu geführt hat, dass Russland am Finanzmarkt (im Gegensatz zum Energiemarkt) sehr einfach zu sanktionieren war, ohne substanzielle globale Systemrisiken einzugehen. Das Russland-Exposure internationaler Banken und an den internationalen Finanzmärkten bewegt sich etwa auf dem Niveau von 2008 im Falle von Griechenland. Hier war man damals nicht auf einen Schock vorbereitet und Griechenland wurde vor seiner Schuldenkrise nicht als Risikoexposure gesehen. Das ist im Falle Russland anders gelagert, hier war schon seit Jahren angesichts der bereits lange betriebenen Finanzmarktsanktionierung ein gewisses Risikobewusstsein vorhanden.

Der bereits skizzierte dramatische Währungsverfall, die finanzielle Isolation Russlands auf ein Niveau wie Iran, Nordkorea, Myanmar oder Afghanistan im Zusammenspiel mit der drohenden technischen bzw. de facto Staatspleite zeigt, dass die aktuelle russische Führung keinerlei längerfristig orientierten ökonomisch-rationalen Abwägungen mehr trifft. Es wurde sogar mehr oder weniger bewusst in Kauf genommen, das Land in eine wohl schlimmere Wirtschafts- und Finanzkrise zu führen als Ende der 1990er Jahren – ein tiefer Einschnitt im kollektiven russischen Gedächtnis. Damit liegt es leider nahe davon auszugehen, dass weitere und auch die bereits vollzogenen tiefen Wirtschafts- und Finanzsanktionen per se kein Abrücken von (außen-)politischen Zielsetzungen bringen werden. Zumal Russland zur kurzfristigen Kriegsführung finanziell nicht unbedingt auf Fremdwährungseinkünfte angewiesen ist, sondern die Kriegsfinanzierung in Lokalwährung und unter Inkaufnahme von substanziellen Inflationsrisiken weiter finanzieren kann; relevante Basis-Rohstoffe für die Kriegsführung produziert Russland ebenfalls selber.

Dennoch ist es wichtig, durchaus auf weitere Sanktionsschritte zu setzen, um dem Kreml nicht die Möglichkeiten zu geben, die Wirtschaftskrise abzufedern. Angesichts der noch erkaufte partiellen Finanzmarktstabilität über den Zwangsumtausch von Deviseneinkünfte müssten wohl letztere weiter beschränkt werden. Des Weiteren ist zu akzeptieren, dass hier ein gesamtes institutionelles System auf einen Kultur- und Zivilisationsbruch vorbereitet wurde und damit das Gros der Sanktionen wohl über Jahre (oder Jahrzehnte) aufrechterhalten werden muss, um die mittel- und langfristige wirtschaftliche und politische Handlungsfähigkeit des

Landes auf das Maximale zu begrenzen und solange es keine ernsthaften und umfassenden Systemveränderungen gibt. Aktuell befinden wir uns »erst« im achten Jahr der 2014 gestarteten Sanktionierung Russlands (damals noch eher gemäßigt), während Sanktionsregime durchaus Dekaden lang notwendig sind. Derzeit ist nicht erkennbar, welche politischen Entscheidungen es im Westen und gerade innerhalb der EU auf absehbare Zeit in Bezug auf Sanktionslockerungen geben könnte. Gerade Staaten, die vor dem Ukraine-Krieg in Bezug auf die Wirtschaftsbeziehungen mit Russland sowie die Russland-Sanktionierung gemäßiger auftraten (wie auch Deutschland etwa im Bereich der SWIFT-Sanktionierung), sollten nicht mehr in der Lage und wohl auch nicht mehr Willens sein, hier auf konziliantere Positionen hinzuarbeiten. Nennenswerte Wirtschaftsbeziehungen des Westens mit Russland erscheinen derzeit für die kommenden Jahre (ohne unwahrscheinliche substanzielle politische Änderungen vor Ort) kaum noch vorstellbar. Der wirtschaftliche Austausch des Westens mit Russland könnte auf ein Niveau zurückgehen, dass noch unter dem der (ökonomisch) rationaler agierenden Sowjetunion lag.

Russische Notfallmaßnahmen – Gegensanktionen werden kommen

Angesichts der zunehmenden Anzeichen des massiven Einflusses der Wirtschafts- und Finanzsanktionen auf das Alltagsleben sind einerseits Hamsterkäufe erkennbar, andererseits setzen Substitutionsprozesse ein. Nachdem noch verfügbare westliche Smartphones rasch ausverkauft waren, sind seitdem chinesische Modelle gefragt. Russland hat im Wirtschaftsbereich schon auf Krisenmodus gestellt. Geplant ist etwa, Zölle auf zentrale Importe (Gemüse, Getreide, kritische Teile in der Produktion sowie Babynahrung und Waren zur Fertigung von pharmazeutischen Produkten) zumindest für 6 Monate auf null zu setzen und damit auch die Zollabfertigung zu erleichtern. Im Exportbereich hat Russland mehrmonatige Exportrestriktionen für Güter wie Weizen, Grieß, Roggen, Gerste, Mais und Zucker erlassen (mit Ausnahmen für Wirtschaftspartner der EAWU), um solche Produkte erstmal im Land zu belassen. Auch werden Corona-Restriktionen im öffentlichen Leben schnell aufgehoben, um die Wirtschaft etwas zu stützen.

Gleichzeitig sollen nach dem defensiven bisherigen Einfrieren der Märkte nun Mittel des Nationalen Wohlfonds genutzt werden, um in großen Stil russische Staatsanleihen und Aktien (zurück) zu kaufen. Die CBR soll sich aktiv an der Marktstützung beteiligen; im Fiskalbereich wird erwartungsgemäß die restriktive und regelgebundene Budgetpolitik für 2022 aufgehoben. Zugleich werden Maßnahmen in die Wege geleitet, um ausländische Firmen bzw. Vermögenswerte

(mit mehr als 25 % Ausländeranteil) aus »unfreundlichen Staaten« oder solcher, die sich vom russischen Markt zurückziehen, zu übernehmen. Hier könnten gemäß Statistiken der ausländischen Direktinvestitionen etwa 200 – 300 Mrd. Euro an westlichen Vermögenswerten betroffen sein. Wobei es derzeit nicht danach aussieht, als wollte man von russischer Seite hier möglichst schnell substanzielle Vermögenswerte übernehmen. Allerdings könnten Maßnahmen wie etwa die treuhänderische Bewirtschaftung deutscher Gazprom-Vermögenswerte hier das Kalkül ändern. Technisch-administrative Maßnahmen sind auch nicht auszuschließen. So erfolgte die aufsichtsrechtliche Schließung der europäischen Sberbank-Tochter (in Wien) durch die Europäische Zentralbank (EZB) auch auf Grund zu beobachtender Kunden- und Liquiditätsabflüsse. Solche Prozesse sind im Zusammenspiel mit Social-Media und/oder propagandistischen Kampagnen durchaus auch in Russland denkbar.

In den kommenden Tagen und Woche ist mit Exportrestriktionen und weiteren Maßnahmen von russischer Seite zu rechnen. Erste finanzpolitische Reaktionen im Kontext der ökonomischen Kriegsführung zeichnen sich schon ab. Hier ist der Präsidentenerlass zu nennen, den Gashandel (soweit möglich) von Fremdwährung auf Rubel umzustellen. Es bleibt abzuwarten, wie strikt die tatsächlich praktische Implementierung erfolgt und ob man dabei entschiedener vorgeht als bei der Schuldentrückzahlung in Rubel. Gemäß ersten Indikationen erfolgte die Umstellung ab 1. April ohne harten Schnitt der Nicht-Akzeptanz von Euro- und Dollarzahlungen durch Russland im Gashandel, eher wurde hiermit bis dato innenpolitisch ein vermeintliches Einknicken des Westens bzw. der EU zelebriert. Mit der intendierten Änderung bei der Fakturierung im Gashandel bereitet sich Russland eventuell sogar auf die Zeiten einer technischen Staatspleite in Fremdwährung vor und will den Westen zwingen, eventuell tiefere Beziehungen zum Finanzplatz Moskau zu unterhalten und etwa einer harten Sanktionierung der Gazprombank durch

die EU entgegenzuwirken. Ob dieser Schritt nachhaltig zu den von russischer Seite intendierten Wirkungen führt, ist derzeit nicht abzusehen. Er könnte auch zu einer noch schnelleren Abwendung westlicher Staaten und Firmen von Russland führen. Ebenso soll die Notenbank in Zukunft bei noch stattfindenden Zahlungen an das Ausland die Höhe der eingefrorenen Devisenreserven in »unfreundlichen Ländern« berücksichtigen.

Einen umfassenden Plan zur Stützung der heimischen Wirtschaft gibt es aber Stand heute noch nicht, was im Zusammenspiel mit den zuvor skizzierten Rationierungsmaßnahmen ein weiteres Indiz dafür ist, dass die aktuelle Finanz- und Sanktionslage so wohl nicht mit eingeplant war. Eher sind derzeit politische Appelle zu vernehmen, dass private (und kleine) Unternehmen eine entscheidende Rolle in der Stabilisierung einnehmen sollen; Unternehmensformen und Unternehmen, die es seit Jahren im Lichte der staatszentrierten Umfeldbedingungen eher schwer hatten. Auch versucht man durch Ausnahmeregelungen (etwa in Bezug auf den Militärdienst), IT-Fachkräfte im Land zu halten. Immerhin sollen jetzt regulatorische und administrative Hürden schnell beseitigt werden. Zudem sollen nun über in Russland legalisierte Parallelimporte (bzw. offizielle »Grauimporte«) Originalwaren ohne Zustimmung der Inhaber des geistigen Eigentums eingeführt werden können. So soll offenbar teilweise der Wegfall offizieller Importe von westlichen Gütern kompensiert werden. Gleichzeitig werden technisch-operationale Schritte gesetzt, um den China-Russland-Handel zu stärken, wie etwa die Verbindung beider nationaler Zahlungssysteme zeigt. Aber substanzielle aktive wirtschaftliche Unterstützung aus China zeichnet sich derzeit nicht ab. Sehr interessant wird zu beobachten sein, inwiefern Russland seinen Ölhandel per Schiff nach China oder in andere, Russland noch nicht sanktionierende Staaten, und teils auch unter Zuhilfenahme von chinesischer Infrastruktur (z. B. Schiffe) aufrechterhalten bzw. umleiten kann.

Stand 06.04.2022

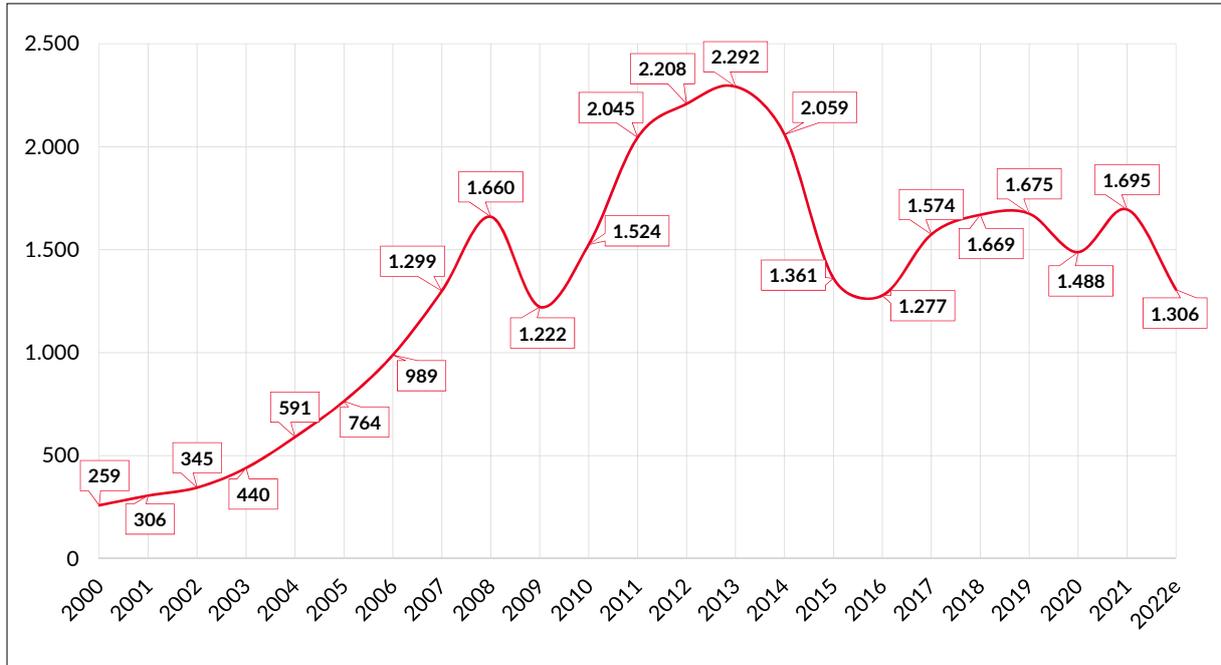
Über den Autor

Gunter Deuber ist Managing Director und Chefvolkswirt der Raiffeisen Bank International AG in Wien, einer der größten ausländischen Banken und Investoren in Russland, der Ukraine und Zentral- und Osteuropa. Der vorliegende Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors und nicht notwendigerweise die Ansicht der RBI AG wieder.

Die beispiellose Situation in der Ukraine und Russland hat die RBI dazu veranlasst, ihre Position in Russland zu überdenken. Die Bank, die seit 26 Jahren in Russland präsent ist und über beträchtliche Erfahrung im Krisenmanagement verfügt, prüft derzeit alle strategischen Optionen für ihre Zukunft in Russland, bis hin zu einem sorgfältig gesteuerten Rückzug aus Russland.

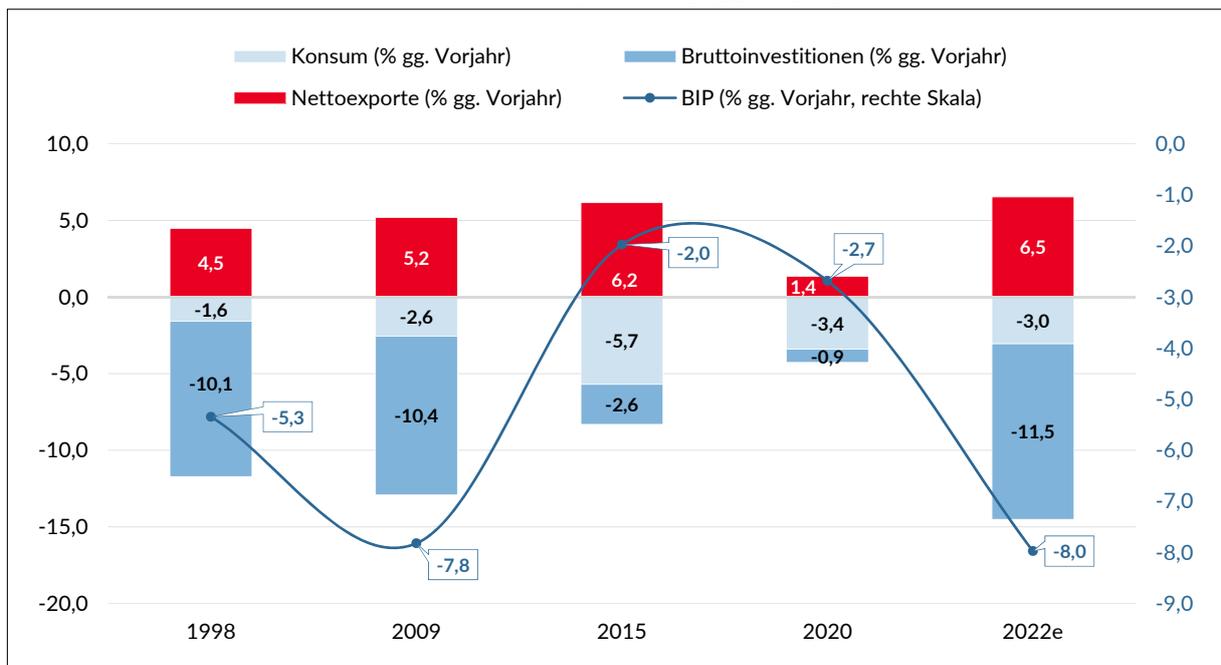
Russlands Finanz- und Wirtschaftsindikatoren

Grafik 1: BIP Russlands in Fremdwahrung (Mrd. USD)



Quelle: Weltbank, IWF, RBI/Raiffeisen Research

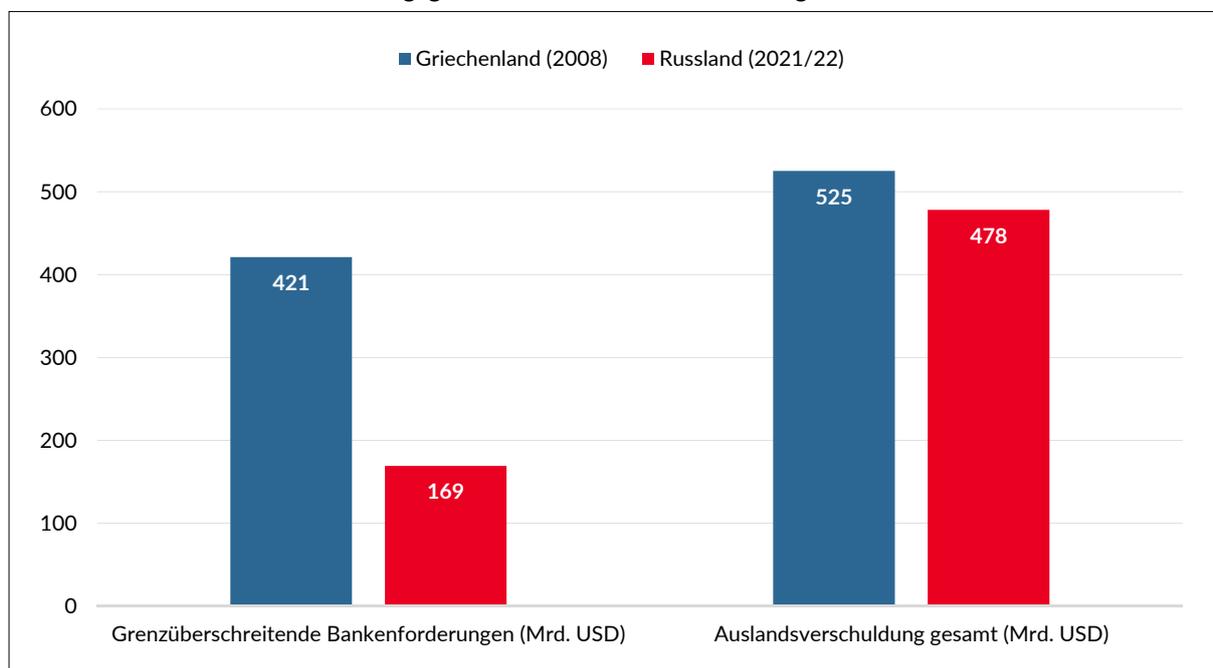
Grafik 2: BIP-Wachstum Russlands und BIP-Komponenten (% gg. Vorjahr)*



* Konsum und Investitionen beinhalten staatlichen Konsum und staatlich-induzierte Investitionen

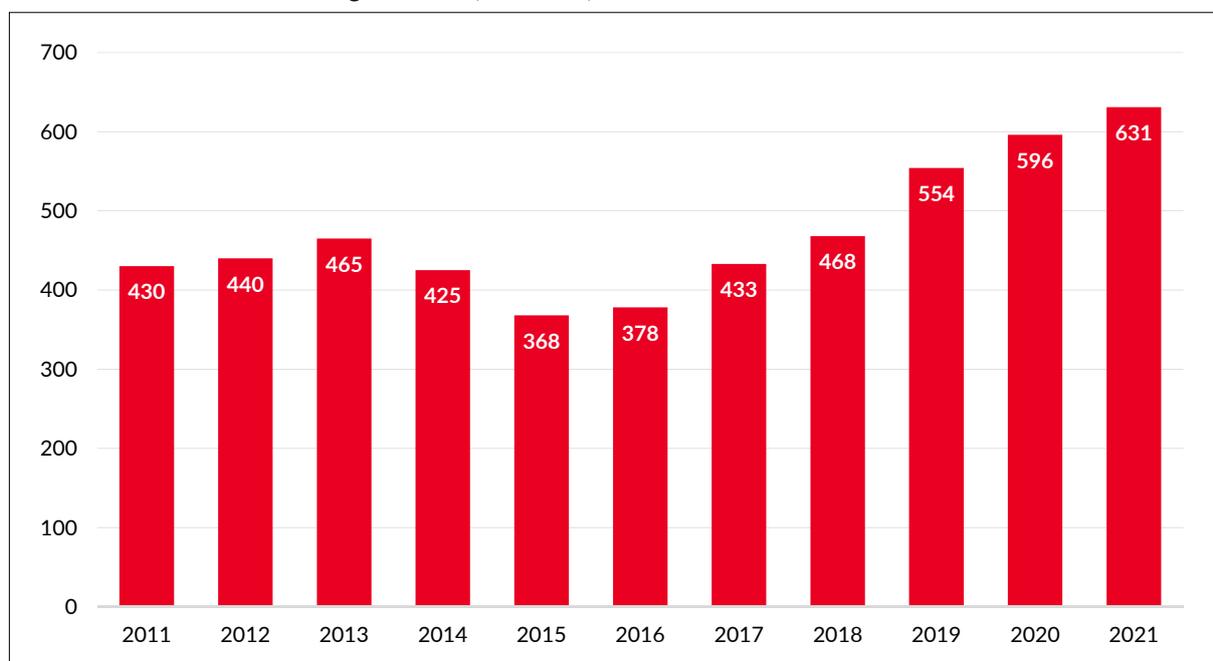
Quelle: Rosstat, RBI/Raiffeisen Research

Grafik 3: Internationales Bankengagement und Auslandsverschuldung: Russland und Griechenland



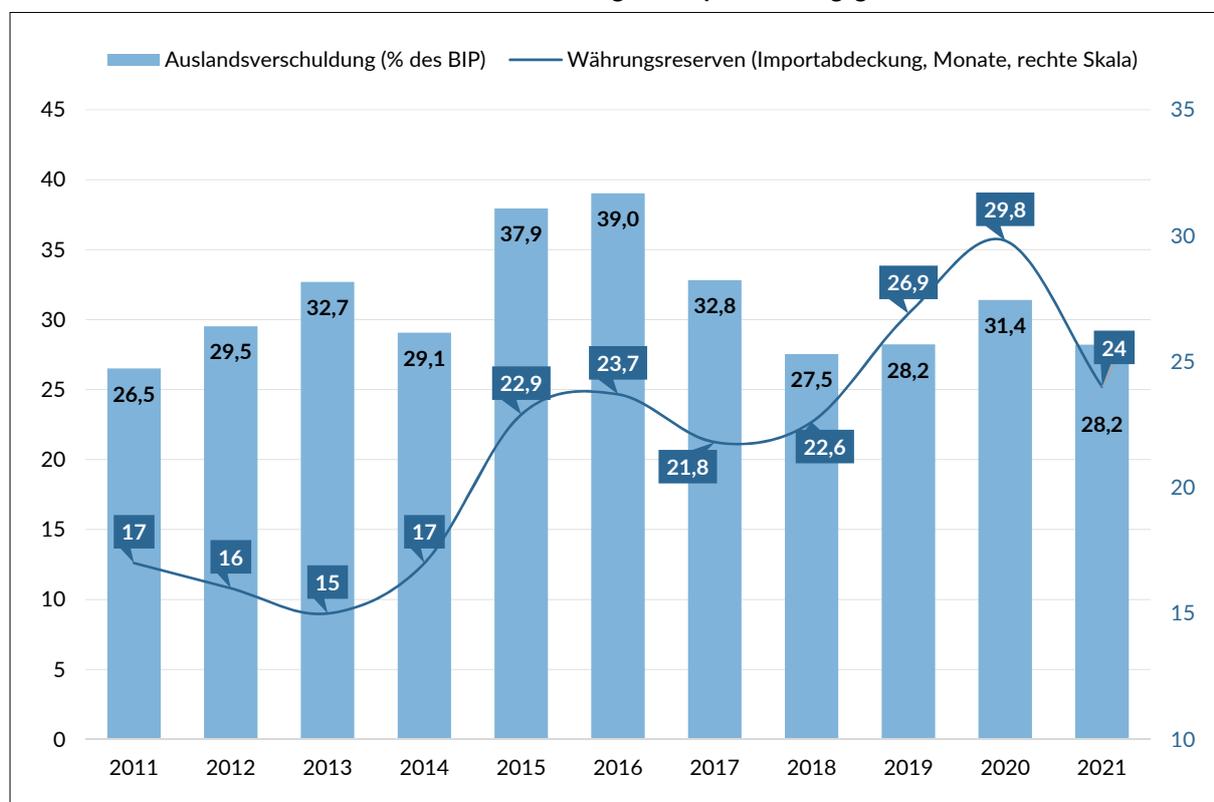
Quelle: BIZ, Weltbank, RBI/Raiffeisen Research

Grafik 4: Russland: Währungsreserven (Mrd. USD)



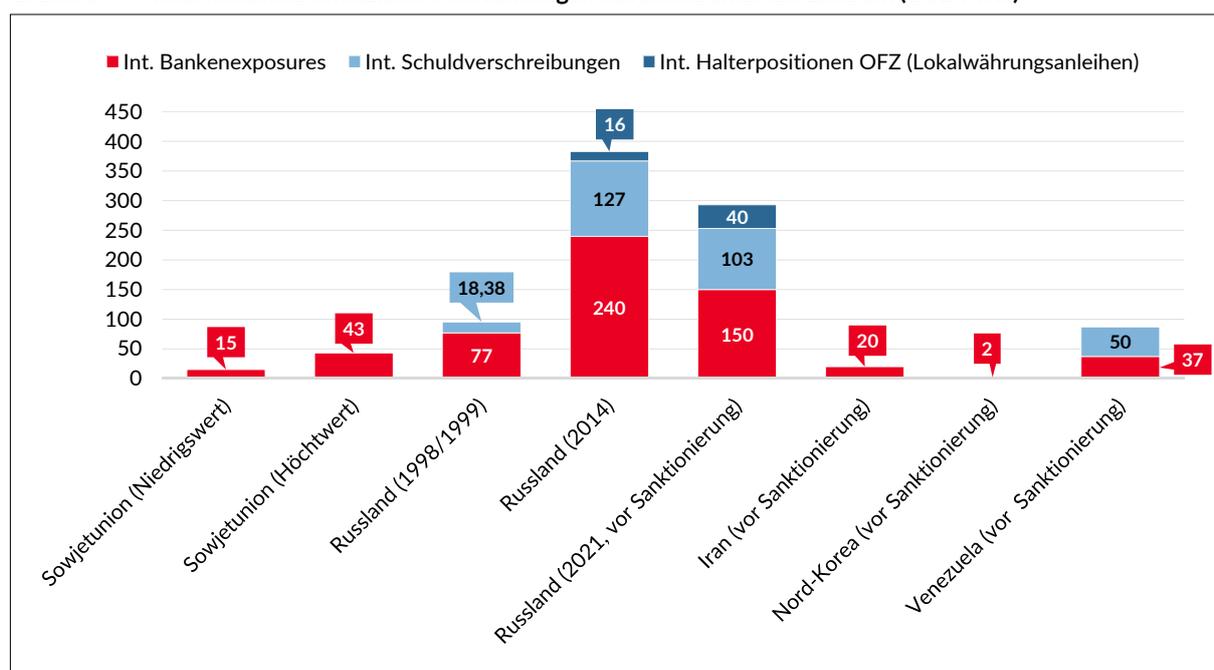
Quelle: Russische Zentralbank, RBI/Raiffeisen Research

Grafik 5: Russland: Abbau der Auslandsverschuldung und Importdeckungsgrad



Quelle: Russische Zentralbank, Rosstat, RBI/Raiffeisen Research

Grafik 6: Internationale finanzielle Verflechtungen mit sanktionierten Ländern (USD Mrd.)



* Konsolidierte Bankenstatistiken (Forderungen plus andere potenzielle Forderungen) und internationale Wertpapierstatistiken (gebietsansässige Emittenten); für Iran und Nordkorea keine Daten zu internationalen Schuldtiteln verfügbar/keine ausstehenden internationalen Schuldtitel

Quelle: BIZ, RBI/Raiffeisen Research

Zwischen Katastrophe und harter Bruchlandung

Andrei Yakovlev (Moskau)

DOI: 10.31205/RA.418.04

Zusammenfassung

Ausgehend von makroökonomischen Daten erwarten die meisten Analysten, die Russlands wirtschaftliche Entwicklung nach der Einführung der neuen umfangreichen Sanktionen prognostizieren, ein Einbrechen des BIP zwischen 10 – 12 Prozent, eine Inflation von 20 – 25 Prozent und ein Anstieg der Arbeitslosenrate von 4,4 bis 7 oder 8 Prozent zum Ende dieses Jahres. Dieser Beitrag argumentiert, dass in einer Situation eines heftigen wirtschaftlichen Schocks mikroökonomische Daten und ein Vergleich mit ähnlichen Fällen einen besseren Wegweiser für zukünftige Entwicklungen bieten. Beides deutet auf ein viel stärkeres Abfallen der wirtschaftlichen Aktivität als aktuell allgemeinhin vorhergesagt wird.

Einführung

Die meisten Experten, unter anderem Vertreter europäischer Banken, erwarten in ihren Stellungnahmen zu den Entwicklungsaussichten der russischen Wirtschaft angesichts der neuen weitreichenden internationalen Sanktionen, die wegen des Einmarsches in die Ukraine verhängt wurden, einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 10 – 12 Prozent, eine Inflationsrate von 20 – 25 Prozent und einen Anstieg der Arbeitslosigkeit von 4,4 auf 7 oder 8 Prozent bis zum Ende dieses Jahres. Es ist offensichtlich, dass diese Einschätzungen sich auf makroökonomische Daten zum Zustand der russischen Wirtschaft vor der Verhängung der Sanktionen stützen und in vielem von dem Umstand ausgehen, dass die Wirtschaft Russlands relativ glimpflich durch die jüngsten Krisen gekommen ist, nämlich 2014/15 nach der ersten Welle internationaler Sanktionen wie auch 2020/21 angesichts der Corona-Pandemie.

Herausforderungen wirtschaftlicher Prognosen

Das Besondere dieser makroökonomischen Einschätzung, besonders im Falle von tiefen wirtschaftlichen Schocks, besteht darin, dass sie möglicherweise die Relevanz der Trends vor den Krisen überhöhen und zu wenig die Veränderungen berücksichtigen, die es auf der Mikroebene bei den Erwartungen und Strategien der Wirtschaftsakteure gegeben hat. Ein markantes Beispiel hierfür ist der wirtschaftliche Einbruch und die Abwertung des Rubels 1998, nach denen keiner der Makroökonomien ein schnelles Verschwinden der Barterwirtschaft, eine allgemeine Gesundung der Wirtschaft oder ein vehementes Wirtschaftswachstum prognostizierte. Dass die jährlichen Zuwachsraten des BIP 7 – 8 Prozent betragen und das Land sein BIP innerhalb von zehn Jahren verdoppeln könnte, wurde erstmals im Oktober 1999 verkündet, nämlich in dem bekannten *McKinsey*-Bericht »Russlands Wirtschaft: Wachstum ist möglich«.

Diese Schlussfolgerung stützte sich auf eine Fallstudie in 10 großen Branchen der russischen Wirtschaft (von der Schwarzmetallindustrie und der Zementwirtschaft bis zum Einzelhandel und dem IT-Sektor). Dabei wurden die Faktoren für eine Produktivitätssteigerung und die Unternehmensstrategien analysiert, also mikroökonomische Daten.

Die gegenwärtige Lage der russischen Wirtschaft weist hierzu Ähnlichkeiten auf, allerdings mit umgekehrten Vorzeichen. Wie mir ein bekannter Unternehmer in einem persönlichen Gespräch mitteilte, waren in seinem Unternehmen, das Elektrogeräte herstellt, Ende Februar, Anfang März alle Kapazitäten mehr als üblich ausgelastet, da die Kunden auf Vorrat kaufen. Dabei sei auch klar, dass die Nachfrage anschließend zurückgehen würde. Die Prognosen für die Zukunft wird man allerdings erst dann stellen können, wenn »sich der Staub des Zusammenbruchs dessen gelegt hat, was jetzt zusammenbricht«.

Gleichwohl ist es sinnvoll, sich bei einem Prognoseversuch Klarheit nicht nur darüber zu verschaffen, wie sich die aktuelle Situation von den oben erwähnten jüngsten Krisen unterscheidet, sondern auch Vergleiche zum Iran herzustellen, der seine Wirtschaft trotz langjähriger harter internationaler Sanktionen hat bewahren können. Und zur Sowjetunion, deren Wirtschaftsmodell von Anfang an auf eine Isolierung vom Rest der Welt ausgerichtet war.

Vergleiche

Die jähe Unterbrechung der Lieferketten (aufgrund des Produktionsstopps bei vielen ausländischen Unternehmen und der wegen der Sanktionen ausbleibenden Importe von Bauteilen und Zubehör), der Wertverlust des Rubel und dessen eingeschränkte Konvertibilität sowie der Umstand, dass das Finanzministerium und die Zentralbank den Zugang zur Hälfte der in Gold vorhandenen Währungsreserven verloren haben, bedeuten

eine Analogie zum Transformationsschock von 1991/92 beim Übergang der sowjetischen Planwirtschaft zu einer Marktwirtschaft. Allerdings bestehen hier beträchtliche Unterschiede. Ungeachtet der weiterhin bestehenden beträchtlichen staatlichen Einmischung ist die russische Wirtschaft zu einer Marktwirtschaft geworden. Daher können sich die Wirtschaftsakteure mit größerer Gewissheit an neue Bedingungen anpassen. Auch bleibt der Staatsapparat im Großen und Ganzen handlungsfähig, im Unterschied zu dem Apparat, der 1991/92 praktisch kollabierte.

In diesem Sinne könnte die aktuelle Situation in Russland eher mit der des Iran vergleichbar sein, wo es vor der Verhängung der ersten Sanktionen ebenfalls eine Marktwirtschaft gab, und wo die Regierung insgesamt in der Lage blieb, die wirtschaftlichen Prozesse zu steuern (insbesondere in den 2010er Jahren, als die Beziehungen zu den USA und der EU am konfrontativsten waren). Ein wichtiger Unterschied zum Iran besteht allerdings in der erheblich stärkeren Einbindung Russlands in die globalen Märkte. Seit den 2000er Jahren erfolgte die Modernisierung vieler Wirtschaftsbranchen in Russland unter Einsatz ausländischer Technologien und importierter Ausrüstung. Diese Prozesse vollzogen sich in Zusammenarbeit mit ausländischen Investoren, die an einem Zugang zum russischen Markt interessiert waren. Mit ihrer Hilfe wurden russische Firmen in globale Wertschöpfungsketten einbezogen. Die Folge war eine Produktivitätssteigerung in den russischen Unternehmen und ein beträchtlicher Anstieg der Produktqualität. Gleichzeitig blieben diese modernisierten Unternehmen jedoch vom Import von Bauteilen und Zubehör sowie der technischen Wartung der Anlagen abhängig (wenn bei der Produktion einheimische Rohstoffe und Materialien verwendet werden). Die markantesten Beispiele dieser Abhängigkeit sind der Flugzeug- und Automobilbau, die von sämtlichen Experten als die am stärksten betroffenen Branchen genannt werden. Wichtig ist jedoch, dass in Bezug auf die Anlagen diese Aussage auch auf die Bereiche Metallurgie, Chemie, Ölverarbeitung und sogar die Landwirtschaft zutrifft (hinsichtlich des importierten Saatguts).

Die Wirtschaft des Iran sah sich bereits in den 1980er Jahren, ganz zu Beginn der jetzigen Globalisierungswelle Sanktionen gegenüber (und somit der Notwendigkeit, ein autonomes Wirtschaftsmodell zu errichten). Seinerzeit waren die meisten Volkswirtschaften noch relativ autonom, so dass es für den Iran leichter war, eine »Widerstandswirtschaft« aufzubauen. Dabei war und ist die iranische Wirtschaft sehr viel einfacher strukturiert als die russische. Im Grunde hat der Iran auf die Vorteile der Globalisierung verzichtet und konnte dadurch seine wirtschaftliche Unabhängigkeit wahren. Der Preis hierfür bestand in einer Stagnation und einer ausblei-

benden Weiterentwicklung der Wirtschaft: Das iranische BIP erreichte erst 2017 wieder das Niveau von 1979.

Russland ist deshalb in einer besonderen Lage, weil es schon beim Beginn der Reformen der 1990er Jahre in einem hohen Maße in die globalen Märkte integriert war, und sich diese Integration in den 2000er noch verstärkte. In den vergangenen zehn Jahren (insbesondere seit 2014) hat die russische Regierung intensiv die Importsubstituierung vorangetrieben. Aufgrund der Globalisierungsprozesse der 1990er und 2000er Jahre besteht jedoch objektiv eine wechselseitige Abhängigkeit der Volkswirtschaften. Es gibt heute kein Land, das an den globalen Wertschöpfungsketten beteiligt ist, das in der Lage wäre, die Produktion aller notwendigen Waren aus eigener Kraft zu bewältigen, ohne dass sich das Produktionsvolumen und das Sortiment radikal verringert (selbst die USA und China nicht). Das ist das Problem, vor dem Russland in den nächsten Monaten stehen wird. Wobei die Dimensionen dieses Problems durch das Phänomen der »privaten Sanktionen« beeinflusst werden, da viele Firmen ihre Verträge mit russischen Kunden aufkündigen, und zwar nicht aufgrund der von den nationalen Regierungen verhängten Sanktionen, sondern aus eigener Initiative.

Ausblick

Da es hier um Tausende Firmen aus verschiedenen Ländern handelt, sind die Folgen dieser »privaten Sanktionen« gegenwärtig nur sehr schwer abzuschätzen. Aus Gesprächen mit Unternehmern geht jedoch hervor, dass in vielen Unternehmen der Maschinenbaubranche die Vorräte an Bauteilen und Zubehör nur noch reichen, die Produktion für anderthalb bis zwei Monate aufrechtzuerhalten. Danach würden die Unternehmen stillstehen – mit unausweichlichen Auswirkungen auf ihre Zulieferbetriebe und Kooperationspartner. Eine Lösungsvariante für dieses Problem (die in den Unternehmen bereits diskutiert wird) ist die Herstellung von Modellen, die zu Sowjetzeiten entwickelt und vor 10–15 Jahren aus der Produktion genommen wurden. Würde dies in der Praxis umgesetzt, bedeutete es, dass nach einem unausweichlichen Rückgang (der mit dem Produktionseinbruch 1992/93 zu vergleichen wäre) eine Anpassung auf Kosten einer erheblichen Reduzierung der Produktpalette (besonders bei technisch komplexen Produkten) und einer verringerten Qualität der verbleibenden Modelle erfolgt.

Ein weiterer Faktor, der die Ausmaße des Einbruchs vergrößern könnte, besteht darin, dass die russische Regierung wohl nicht auf die Verhängung so umfangreicher Sanktionen vorbereitet war, und insbesondere nicht auf die »privaten Sanktionen« durch Tausende Zulieferer. Allem Anschein nach ist die Regierung von den Erfahrungen von 2014 ausgegangen und hat ein

mehr oder weniger vergleichbares Vorgehen der USA und der EU erwartet. Das war seinerzeit zwar schmerzhaft, hatte aber nicht zu einer radikalen Unterbrechung der Lieferketten geführt. Die für die Branchen zuständigen Behörden haben nicht bis ins Letzte die tatsächlichen Dimensionen der vom Importstopp verursachten Verluste verstanden (und wollten das übergeordneten Stellen gegenüber auch nicht eingestehen). Und sie gingen bei der Entwicklung von Krisenbewältigungsmaßnahmen bislang von den Erfahrungen von 2020 aus. Damals war es der Regierung gelungen, die negativen Effekte für die Produktion, die durch die Lieferunterbrechungen aufgrund der Coronapandemie drohten, abzufedern. Diese Maßnahmen dürften jetzt aber wohl kaum die gewünschte Wirkung haben, da sie seinerzeit auf eine Stützung von Unternehmen ausgerichtet waren, die vom Lockdown betroffen sind. Außerdem wurde für die Zukunft von einer Wiederaufnahme der Lieferungen ausgegangen (was jetzt unter den neuen Bedingungen kaum geschehen dürfte). Vertreter der Regierung setzen ihre Hoffnungen jetzt darauf, dass anstelle der europäischen und amerikanischen Zulieferer chinesische Firmen einspringen werden. Allerdings sind viele Firmen in Bezug auf diese Kalkulation skeptisch und erwägen solche Möglichkeiten nur mittel- bis langfristig.

Ein weiterer wichtiger Unterschied zu 2020 besteht darin, dass die Entwicklung angemessener Maßnahmen zur Krisenbewältigung damals das Ergebnis eines intensiven Dialogs zwischen Regierung und Wirtschaft war. Ein solcher Dialog war unter anderem deshalb möglich gewesen, weil die Krise durch externe Faktoren ausgelöst wurde, unabhängig von der Regierung. Die Vertreter der Bürokratie und der Wirtschaft saßen im gleichen Boot, das in schwere See geraten war. Und sie waren im gleichen Maße daran interessiert, die passenden wirtschaftspolitischen Instrumente zu finden, mit denen man den Sturm mit den geringsten Verlusten überstehen würde. Die aktuelle Krise jedoch ist offensichtlich durch das Vorgehen der Regierung ausgelöst worden. Daher gehen die Bürokraten anstelle eines Dialogs zu einer administrativen Regulierung des Marktgesche-

hens über. Ein markantes Beispiel hierfür ist eine Sitzung Anfang März im Industrie- und Handelsministerium mit Vertretern der Metallurgiebranche (siehe: https://www.youtube.com/watch?v=d11_DDdgdQA), auf der direkt gesagt wurde, dass wenn die vom Ministerium »empfohlenen« Preise überschritten wurden, die betreffenden Unternehmen mit staatsanwaltschaftlichen Überprüfungen und Strafverfahren zu rechnen hätten. Es ist klar, dass administrative Maßnahmen dieser Art nur kurzfristig den Markt stabilisieren können (wie dies auf dem Devisenmarkt nach dem faktischen Einfrieren der Einlagen und den Beschränkungen für den Devisenankauf erfolgte). Die Maßnahmen untergraben jedoch das Funktionieren der Marktmechanismen und werden die Anpassung der Wirtschaft an die neuen Bedingungen behindern.

Schlussfolgerung

Insgesamt lässt sich die russische Wirtschaft heute mit einem Flugzeug vergleichen, dessen Chefpilot Entscheidungen unter Drogeneinfluss trifft. Gleichzeitig wird der Treibstoff knapp, was aber nur einem Teil der Besatzung bewusst ist, während die meisten Passagiere und der übrige Teil der Besatzung keine Ahnung haben, was vor sich geht. Die weitere Entwicklung wird davon abhängen, ob jener Teil der Besatzung, der im Bilde ist, den Chefpiloten von weiteren gefährlichen Wendemanövern abhalten kann. Und ob dieser Teil der Besatzung das Flugzeug sicher zur Landung bringen kann. Bildhafte Vergleiche dieser Art bieten jedoch keine Grundlage für quantitative Bewertungen. Allerdings scheint mir, dass die zu Beginn dieses Kommentars erwähnten makroökonomischen Prognosen zu optimistisch ausfallen und die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung Russlands 2022 mit dem vergleichbar sein wird, was wir 1992/93 erlebt haben. Die sozialen und politischen Folgen eines solchen Szenarios sollten in einer eigenen Diskussion thematisiert werden.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Über den Autor

Andrei Yakovlev ist einer der führenden russischen Experten für Industriepolitik, Unternehmensführung und die Beziehungen zwischen Staat und der Wirtschaft. 2010 und 2011 war er an der Ausarbeitung der »Strategie 2020« beteiligt und wurde 2017 mit dem Gajdar-Gedächtnispreis für Wirtschaftswissenschaft ausgezeichnet.

KOMMENTAR

Wirtschaftliche Aufarbeitung der Ukraine-Invasion und Reparationen

Gunter Deuber (Raiffeisen Bank International AG, Wien)

Im Westen ist eine klare Strategie erforderlich, um russische eingefrorene Gelder in Höhe von Hunderten Milliarden Dollar und Euro zur Wiedergutmachung der Schäden und für mutmaßliche Kriegsverbrechen zu verwenden, die durch Russlands aggressives Vorgehen im Krieg gegen die Ukraine entstanden sind. Denn ansonsten ist kaum mit russischen Reparationen für den Wiederaufbau der Ukraine zu rechnen.

Russlands Strategie des jahrelangen exzessiven Aufbaus von Devisenreserven hat dazu geführt, dass Devisenvermögen nicht nur in Moskau angehäuft wurde, sondern auch im Ausland. Aus russischer Sicht erscheint es in der Logik einer ökonomischen Kriegsführung geradezu naiv, einen Großteil der Devisenreserven in französischen und deutschen Wertpapieren bzw. Guthaben bei westlichen nationalen Notenbanken und damit im Eurosystem zu halten, die im Falle solcher Sanktionen automatisch betroffen sind. Doch genau das ist nun erfolgt. Die harte Sanktionierung Russlands hat dazu geführt, dass international renommierte westliche Notenbanken und westliche Finanzinstitutionen sich veranlasst sahen, Devisenreserven im russischen Besitz einzufrieren. Somit liegen Gelder in Höhe von Hunderten Milliarden Dollar und Euro im Zugriffsbereich westlicher Institutionen und könnten für Reparationszahlungen an die Ukraine genutzt werden.

Die Anhäufung von russischen Devisenreserven war ein wichtiger Teil der zynischen Kriegsvorbereitung seitens der russischen Führung, und hier waren sicherlich viele Denker und Praktiker in der staatlichen Verwaltung involviert, wenn auch vielleicht ohne direkte Kenntnis der Planung eines solch verheerenden Angriffskrieges. Um das Ausmaß der Vorbereitung zu verdeutlichen: Normalerweise liegt es nahe, dass Staaten Devisenreserven in der Größenordnung von 6–12 Monaten zur Deckung von Importen halten. Russland hatte hier kürzlich Werte von 30 Monaten erreicht. Natürlich ist diese überbordende Akkumulation von Devisenreserven bereits auf Kosten der heimischen Bevölkerung und im Sinne einer Abkehr von einer soliden und wohlstandsfördernden Wirtschaftspolitik erfolgt. Diese ist offensichtlich nicht das primäre Ziel der staatlichen Tätigkeit.

Doch genau diese Devisenreserven müssen nun genutzt werden, um Russland und seinen Staatsapparat wenigstens wirtschaftlich für die humanitäre Katastrophe und mutmaßlichen Kriegsverbrechen in der Ukraine verantwortlich zu machen. Denn offizielle Reparationen von Russland an die Ukraine sind kaum zu erwarten und da Russland leider aller Voraussicht nach einen Teil der (Friedens-)Verhandlungen dominieren wird, wird eine Konfliktlösung wohl nur möglich sein, wenn direkte Forderungen nach Reparationszahlungen seitens der

Ukraine ausgespart werden. Umso wichtiger wäre es, auf die derzeit eingefrorenen russischen Devisenreserven zurückzugreifen.

Allerdings ist es auch wichtig, maßvoll vorzugehen und Russlands Wirtschaftskraft durch die Umleitung der Mittel auf ein realistisches Maß zu reduzieren. Nach den einschlägigen Importkennziffern dürfte Russland Devisenreserven in der Größenordnung von maximal 200–300 Mrd. Euro benötigen. Unter Berücksichtigung der Goldreserven des Landes und der in China lagernden Reserven dürften etwa 250–350 Mrd. Euro aus den eingefrorenen russischen Devisenreserven für den Aufbau der Ukraine leicht verfügbar sein. Äußerst relevant dabei ist, dass ein solcher Ansatz nicht völlig neuartig wäre. In den USA soll ein Teil der eingefrorenen Gelder der afghanischen Zentralbank zur Entschädigung der Opfer des 11. Septembers verwendet werden.

Im Falle von russischem Staatsvermögen und/oder dem Vermögen einzelner Akteure des Militär- und Sicherheitsapparats kann die Beschlagnahme sicherlich anders gelagert und gerechtfertigt sein als im Falle von Privatvermögen von Oligarchen. Im ersten Fall wird es höchstwahrscheinlich möglich sein, eine klarere Verbindung zwischen dem Ukraine-Krieg und staatlichen Maßnahmen herzustellen. Um so etwas zu erreichen, sind einige politische und rechtliche Vorbereitungen und Absicherungen erforderlich. Dazu ist es wichtig, eine weitere formal-juristisch saubere Isolation und Verurteilung Russlands – auch wegen Kriegsverbrechen – zu erreichen. Dies gilt vor allem für den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag, vor dem sich Moskau derzeit weigert, eine konstruktive Rolle einzunehmen, und für die Dokumentation von Kriegsverbrechen. Auch auf wirtschaftlicher Ebene wären eine weitere Sanktionierung und Isolation sicherlich notwendig, um die Reparationszahlungen Russlands vorzubereiten. Ebenso wäre der Entzug der Stimmrechte Russlands im IWF, die Beendigung der Mitgliedschaft Russlands in internationalen Entwicklungsbanken etc. denkbar. Denn nur wenn es gelingt, Russland auf transparente Art und Weise und auf einer soliden politischen, juristischen und institutionellen Grundlage auf allen Ebenen als "Pariastaat" zu positionieren, kann die skizzierte Reparationsstrategie zielführend funktionieren. Ein saube-

res Vorgehen als auch eine gute öffentliche Kommunikation könnten dabei helfen, Desinformation und dem Mythos eines vom Westen zu Unrecht bestraften Russlands entgegenwirken.

In diesem Sinne müssen der Westen und die internationale Staatengemeinschaft im Rahmen des aktuellen Wirtschaftskrieges Maßnahmen ergreifen, um die Rechtsstaatlichkeit zu wahren und hinreichend zwischen eingefrorenen Vermögenswerten und einer eventuell notwendigen Enteignung von (Staats-)Vermögenswerten zu differenzieren. In den kommenden Tagen und Wochen wird eine gemeinsame Task Force der EU, der USA und Großbritanniens die Vermögenswerte russischer Oligarchen und Akteure des Sicherheitsapparats genauer aufspüren und blockieren bzw. einfrieren. Letzteres ist angesichts komplexer Holding- und Offshore-Strukturen und Vermögenswerten wie Yachten, Immobilien, Autos oder solch ungewöhnlicher Besitztümer wie Fußballvereinen sicherlich kein einfaches faktisches und rechtliches Unterfangen. In Zukunft könnten sich aus diesem Vorhaben auch rechtliche Herausforderungen ergeben.

Interessanterweise versuchen einige Oligarchen, sich vom Putin-Regime etwas zu distanzieren, entweder aus Überzeugung oder als Absicherung für Rechtsstreitigkeiten. Das Privatvermögen russischer Bürger kann sicherlich nicht einfach oder vollständig als Ausgleich für Fehlverhalten oder Kriegsverbrechen des russischen Staates im Sinne einer Enteignung herangezogen werden. Dazu müsste eine ganz klare Verbindung zur Kriegsmaschinerie nachgewiesen werden, etwa bei Vertretern des Verwaltungs- und des Sicherheitsapparates. Pikant daran ist, dass im Westen dieser Zustrom russischen Geldes lange Zeit zumindest stillschweigend geduldet wurde und zum Teil eine Beratungs- und Rechtsindustrie gut davon

lebte. Dennoch könnte man für reines »Oligarchengeld« eine hohe substanzielle Besteuerung in Erwägung ziehen, wie sie von renommierten Ökonomen (z. B. Thomas Piketty) gefordert wird. Selbst eine nicht zu hohe Besteuerung könnte hier erhebliche Summen generieren. Immerhin könnte das Vermögen russischer Oligarchen im Ausland zwischen 50 – 100 % des russischen BIP ausmachen. (Schätzungen sind in diesem Bereich äußerst schwierig, dennoch sind es Richtwerte, die uns eine Orientierung geben.)

Eine vollständige Enteignung von Privatpersonen sollte in jedem Fall nicht die vorherrschende Strategie sein, denn die russische Propaganda versucht, den Westen »des Banditentums« zu bezichtigen. Daher wäre eine Besteuerung als Lösung im Hinblick auf eine gewisse Rechtsstaatlichkeit und daneben ein Schuldeingeständnis des Westens um so besser. Es ist jedoch seit langem die Strategie vom Putin-Regime, die wirtschaftlichen Eliten stärker auf seine nationalistische Politik einzuschwören. Mit der Angst vor Enteignung im Westen könnte dies sogar gelingen. Auslandsvermögen der Personen aus dem russischen Militär- und Sicherheitsapparat müssen sicherlich anders behandelt werden.

Westliche Institutionen haben durch die bereits erteilten Sanktionen als auch folgende ein Repertoire an Möglichkeiten, wirtschaftlichen Druck auf Russland auszuüben. Wenn das dabei entstandene Vermögen klug freigelegt wird als auch dem wirtschaftlichen Aufbau der Ukraine und – wo angebracht – der Einbindung Russlands dient, ist es eine Investition in Demokratie. Es ist also nicht nur eine Strategie smarter Sanktionen gefragt, sondern auch eine Strategie der smarten Verwaltung und Investition von sanktioniertem Vermögen.

Stand 04.04.2022

Über den Autor

Gunter Deuber ist Managing Director und Chefvolkswirt der Raiffeisen Bank International AG in Wien, einer der größten ausländischen Banken und Investoren in Russland, der Ukraine und Zentral- und Osteuropa. Der vorliegende Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors und nicht notwendigerweise die Ansicht der RBI AG wieder.

Die beispiellose Situation in der Ukraine und Russland hat die RBI dazu veranlasst, ihre Position in Russland zu überdenken. Die Bank, die seit 26 Jahren in Russland präsent ist und über beträchtliche Erfahrung im Krisenmanagement verfügt, prüft derzeit alle strategischen Optionen für ihre Zukunft in Russland, bis hin zu einem sorgfältig gesteuerten Rückzug aus Russland.

CHRONIK

14. – 18. März 2022

14.03.2022	Die russische Medienaufsichtsbehörde »Roskomnadsor« setzt das soziale Netzwerk »Instagram« auf die Liste verbotener Medien und schränkt den Zugang zur Website ein. Begründet wird das Verbot damit, dass »Instagram« in der Ukraine vorübergehend erlaubt, »Widerstand und Wut« im Zusammenhang mit der russischen Invasion zu äußern. »Meta«-Vizepräsident Nick Clegg, zu dem »Instagram« gehört, erklärte dies damit, dass diese neue Regelung aufgrund einer Notsituation beschlossen worden sei, da sonst alle Beiträge von Ukrainern, die sich emotional äußern, gelöscht werden müssten. Die russische Generalstaatsanwaltschaft beantragt daraufhin, »Meta« zu einer extremistischen Organisation erklären zu lassen, da diese Regelung darauf abziele, »Hass und Feindseligkeit gegenüber russischen Bürgern zu schüren«.
14.03.2022	Der russische Oligarch und Kohle- und Düngemittelproduzent Andrej Melnitschenko fordert über einen Sprecher ein Ende der Kampfhandlungen in der Ukraine. Die Ereignisse in der Ukraine seien tragisch, es brauche dringend Frieden. Andernfalls drohe eine weltweite Nahrungsmittelkrise. Melnitschenko war am 09. März als Vorstandsmitglied seiner Firmen zurückgetreten. In Italien ist seine Yacht beschlagnahmt worden. Ihr Wert wird auf 530 Millionen Euro geschätzt.
14.03.2022	In der russischen Hauptstadt Moskau werden die Pflicht zum Tragen einer medizinischen Maske auf öffentlichen Plätzen sowie die Abstandsregelungen abgeschafft. Dies gab Bürgermeister Sergej Sobjanin bekannt und begründete diesen Schritt mit der stetigen Verbesserung der epidemiologischen Situation. Die Pflicht zum Tragen einer medizinischen Maske auf öffentlichen Plätzen war aufgrund der Ausbreitung des Coronavirus seit März 2020 erlassen worden.
14.03.2022	Die per Videokonferenz ausgetragene vierte Gesprächsrunde zwischen den Unterhändlern Russlands und der Ukraine vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs in der Ukraine geht ergebnislos zu Ende. Der ukrainische Verhandlungsführer Mychailo Podoljak begründet die Unterbrechung mit der Notwendigkeit für zusätzliche Gespräche in Arbeitsgruppen zur Klärung einzelner Definitionen. Die Gespräche sollen am 15. März fortgesetzt werden.
14.03.2022	Wiktor Solotow, Chef der russischen Nationalgarde, räumt in einem Kommentar auf der Website der Nationalgarde ein, dass der Militäreinsatz in der Ukraine langsamer vorankomme als geplant. Die Nationalgarde ist in der Ukraine mit Truppen vertreten.
14.03.2022	Das russische Landwirtschaftsministerium beschränkt die Ausfuhr von Weizen, Gerste, Roggen, Mais und Mischgetreide bis zum 30. Juni 2022. Dies gab die stellvertretende Ministerpräsidentin Wiktorija Abramtschenko bekannt. Wegen einzelner Lizenzen bleibe eine Ausfuhr im Rahmen von Quoten erlaubt, betonte sie. Ausnahmen soll es für Mitgliedsländer der Eurasischen Wirtschaftsunion sowie der Separatistengebiete in der Ostukraine geben.
14.03.2022	Während der Abendnachrichten von Russlands größtem staatlichen Fernsehsender »Perwyj kanal« (dt. »Erster Kanal«) sorgt die TV-Redakteurin Marina Owsjannikowa mit einem Protestplakat und lauten Rufen im Hintergrund für Unterbrechung. Mit ihrer Aktion fordert sie ein Ende des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine. Der Ausschnitt aus der Sendung verbreitet sich umgehend in den Sozialen Medien.
15.03.2022	Die USA verhängen als Reaktion auf Russlands Einmarsch in die Ukraine am 24. Februar 2022 Sanktionen gegen elf hochrangige Vertreter des russischen Verteidigungssektors. Betroffen sind unter anderem der stellvertretende Verteidigungsminister Aleksej Kriworutschko, der Leiter des Föderalen Dienstes für militärtechnische Zusammenarbeit, Dmitrij Schugajew sowie Wiktor Solotow, Leiter der russischen Nationalgarde. Vermögen der betroffenen Personen werden eingefroren. Außerdem auch sämtliche Vermögenswerte juristischer Personen, die zu mehr als 50 Prozent Eigentum der Sanktionierten sind. Auch Japan verhängt Sanktionen gegen weitere 17 russische Staatsbürger, darunter Gennadij Sjuganow, Vorsitzender der »Kommunistischen Partei der Russischen Föderation« (KPRF) und der russische Oligarch Wiktor Wexelberg.
15.03.2022	In der Oblast Moskau werden die aufgrund der Coronaviruspandemie im Frühjahr 2020 eingeführte Pflicht zum Tragen einer medizinischen Maske in der Öffentlichkeit sowie die geltenden Abstandsregeln ausgesetzt. Dies gaben die Behörden bekannt und begründeten diesen Schritt mit der sinkenden Infektionsrate.
15.03.2022	Die Slowakei verweist drei Mitarbeiter der russischen Botschaft in Bratislava wegen des Verdachts auf Spionage des Landes. Die Identität der betroffenen Personen blieb ungeklärt. Gleichzeitig wurden drei slowakische Staatsbürger wegen Spionage festgenommen. Nach Medienberichten soll es sich um einen Offizier des Verteidigungsministeriums handeln, einen Mitarbeiter des Inlandsgeheimdienstes sowie eine in prorussischen Medien tätige Person. Bestätigt wurden diese Angaben zunächst nicht.

15.03.2022	Die Europäische Union erlässt als Reaktion auf den russischen Einmarsch in die Ukraine am 24. Februar 2022 weitere Sanktionen. Die Sanktionen umfassen unter anderem eine Ausfuhrsperr für Luxusgüter nach Russland, Einfuhrbeschränkungen bestimmter Produkte der russischen Eisen- und Stahlindustrie und ein Verbot neuer Investitionen in den russischen Energiesektor. Der russische Staat und russische Unternehmen dürfen in Zukunft nicht mehr von europäischen Ratingagenturen bewertet werden. Außerdem werden alle handelspolitischen Vergünstigungen eines WHO-Mitglieds gestrichen. Auch Großbritannien verbietet die Ausfuhr von Luxusgütern nach Russland.
15.03.2022	Der Gouverneur der Oblast Uljanowsk, Aleksej Russkich, teilt mit, dass fünf in der Oblast ansässige Unternehmen mit ausländischen Eigentümern ihre Tätigkeit einstellen. Hierbei handelt es sich um das Werkzeugmaschinenwerk »DMG Mori Seiki«, den dänischen Farbenhersteller »Hempel«, den Automobilzulieferer »Nemak« aus Mexiko, den Reifenhersteller »Bridgestone« sowie den Kieselgurproduzenten »Skamol« aus Dänemark. Alle Unternehmen hätten zugesagt, weiter Gehälter zu zahlen und die Mitarbeiter vorerst weiter zu beschäftigen. In Sankt Petersburg kündigt die Firma »Bosch« die Einstellung der Produktion von Haushaltsgeräten aufgrund von Lieferschwierigkeiten an. Auch der Reifenhersteller »Michelin« kündigt die Einstellung seiner Produktion in der Oblast Moskau an.
15.03.2022	Das russische Arbeitsministerium bringt das erste Maßnahmenpaket zur Beschäftigungssicherung auf den Weg. Damit reagiert die Behörde auf den Rückzug vieler Unternehmen aus Russland beziehungsweise die angekündigte zeitweise Einstellung der Produktion an russischen Standorten als Folge der westlichen Sanktionen in Reaktion auf den russischen Einmarsch in die Ukraine Ende Februar 2022.
15.03.2022	Der russische Außenminister Sergej Lawrow trifft in Moskau seinen iranischen Amtskollegen Hussein Amirabdollahian. Er dankte ihm bei dieser Gelegenheit für die »objektive Einstellung« Teherans zu den »Ereignissen in der Ukraine«. Der Iran hatte sich in einer Abstimmung des UN-Generalversammlung Anfang März gemeinsam mit China enthalten, als eine überwältigende Mehrheit der Mitglieder den Angriff Russlands auf die Ukraine verurteilte. Mittelpunkt der Gespräche ist das auf Eis gelegte iranische Atomprogramm.
15.03.2022	Die russische Medienaufsichtsbehörde sperrt VPN-Dienste in Russland. Dies gibt der Vorsitzende des Duma-Ausschusses für Informationspolitik, Aleksandr Chinschtein, bekannt. Etwa 20 der beliebtesten Dienste seien bereits gesperrt. Weitere würden folgen.
15.03.2022	Die russische Marine beginnt in der Oblast Kaliningrad mit einer geplanten Militärübung. Etwa 500 Soldaten sind nach offiziellen Angaben daran beteiligt.
15.03.2022	Der russische Präsident Wladimir Putin und der König von Bahrain, Hamad bin Isa Al Khalifa, führen ein Telefongespräch und erörtern Aspekte der bilateralen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Coronavirus. Außerdem legt Putin die Gründe und Ziele der »speziellen Militäroperation« in der Ukraine dar. Beide Staatsoberhäupter versichern sich der freundschaftlichen Beziehungen beider Länder.
15.03.2022	Als Reaktion auf die von den USA erlassenen persönlichen Sanktionen gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin und seinen Außenminister Sergej Lawrow verhängt Russland ebenfalls Sanktionen gegen den US-amerikanischen Präsidenten Joe Biden, den Außenminister Anthony Blinken sowie mehrere hochrangige Beamte und Militärangehörige. Betroffen sind auch der kanadische Premierminister Justin Trudeau sowie der kanadische Außen- und der Verteidigungsminister.
15.03.2022	Der russische Präsident Wladimir Putin und der Präsident des Europarates, Charles Michel, führen ein Telefongespräch. Putin wies insbesondere darauf hin, dass die EU bei der Bewertung der Ereignisse in der Ukraine den ukrainischen Raketenangriff auf ein Wohngebiet in Donezk mit Streumunition ignoriert habe. Dieser habe zahlreiche zivile Opfer gefordert. Außerdem erläuterte Putin den Fortgang der Gespräche zwischen den Kriegsparteien.
15.03.2022	Die russische Zentralbank stoppt den Ankauf von Gold von Geschäftsbanken, damit russische Bürger genug Gold erwerben können. Die Nachfrage nach Gold in der Bevölkerung sei aktuell gestiegen, teilte die Zentralbank mit. Gleichzeitig wurde die Mehrwertsteuer auf Goldkäufe abgeschafft. Damit soll ein Ankauf ausländischer Devisen verhindert werden. Am 28. Februar hatte die Zentralbank wieder mit Goldankäufen begonnen, nachdem diese vor zwei Jahren ausgesetzt worden waren.
15.03.2022	Marina Owsjannikowa, die Mitarbeiterin des »Perwyj kanal« (dt. »Erster Kanal«), die am Vortag in den Abendnachrichten mit einem Antikriegsplakat für Aufsehen gesorgt hatte, wird vom Moskauer Bezirksgericht »Ostankinskij« zu einer Verwaltungshaftstrafe von zehn Tagen sowie einer Geldstrafe von 30.000 Rubel (etwa 225 Euro) verurteilt. Der französische Ministerpräsident Emmanuel Macron hatte ihr unterdessen politisches Asyl angeboten.

15.03.2022	Nach der Suspendierung Russlands aus dem Europarat als Reaktion auf den Angriff Russlands auf die Ukraine, wird Russland nun aus dem Europarat austreten. Ein entsprechendes Schreiben von Außenminister Sergej Lawrow sei übergeben worden, bestätigte der stellvertretende Sprecher der Staatsduma und Leiter der russischen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der Vereinten Nationen, Peter Tolstoj. Die Entscheidung sei aus freiem Willen und wohlüberlegt getroffen worden. Russland wird in Zukunft auch die Europäische Menschenrechtskonvention nicht mehr anerkennen. Russland kommt damit seinem Ausschluss aus dem Europarat zuvor.
15.03.2022	Der Kreml-Beauftragte für Unternehmen, Boris Titow, stellt eine Studie vor, wonach rund 84 Prozent der kleinen und mittelständischen Unternehmen von den von westlichen Staaten in Reaktion auf Russlands Einmarsch in die Ukraine verhängten Sanktionen betroffen sind. Landesweit beteiligten sich 6.000 Firmen an der Studie vom russischen Wirtschaftsinstitut »Stolypin«. Die stark gestiegenen Einkaufspreise seien eines der größeren Probleme, da dies höhere Kosten für die Unternehmen bedeute und die Wettbewerbsfähigkeit schwäche. Außerdem wurden der fallende Rubel und unterbrochene Lieferketten beklagt.
16.03.2022	Die russische Regierung investiert 26 Milliarden Rubel (etwa 210 Millionen Euro) an Subventionen in den Agrarsektor. Die Mittel sollen insbesondere dazu dienen, den Preisanstieg bei den Futterkosten auszugleichen. Priorität sei die Erhaltung und Entwicklung der Milchwirtschaft.
16.03.2022	Der deutsche Energiekonzern »e.on« kündigt als Reaktion des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine an, kein Gas mehr vom russischen Gasproduzenten »Gazprom« zu kaufen. An der Pipeline »Nord Stream 1«, an der der Konzern beteiligt ist, wird »e.on« allerdings weiter festhalten, da die Anteile in der gegenwärtigen Situation unverkäuflich seien.
16.03.2022	Die russische Medienaufsichtsbehörde »Roskomnadsor« hat auf Ersuchen der Generalstaatsanwaltschaft hin die Website des Mediums »Nowyje Iswestija« (dt. »Neue Nachrichten«), die russischsprachigen israelischen Medien »Dewjatogo kanala« (dt. »Kanal 9«) sowie »Westej Israilja« (dt. »Israel-Nachrichten«) und 27 weitere Websites von Medien gesperrt. Auch ein belarussisches sowie ein estnisches Onlinemagazin wurden blockiert. Außerdem wurden das Investigativmedium »Bellingcat« und das Magazin »Kawkasskij usel« (dt. »Kaukasischer Knoten«) in die Liste verbotener Medien aufgenommen.
16.03.2022	Die Schweiz kündigt Sanktionen gegen 197 russische Staatsbürger sowie neun Unternehmen an. Damit folgen sie dem Sanktionspaket der Europäischen Union. Es handelt sich dabei um finanzielle Sanktionen sowie Einreisebeschränkungen. Betroffen sind unter anderem die russischen Oligarchen Roman Abramowitsch, Andrej Melnitschenko und Aleksandr Winokurow.
16.03.2022	Am Rande einer Tagung über soziale und wirtschaftliche Unterstützungsmaßnahmen der russischen Regionen erklärt der russische Präsident Wladimir Putin, Russland habe keine Wahl gehabt, als eine »militärische Sonderoperation« in der Ukraine einzuleiten. Alle diplomatischen Möglichkeiten zur Lösung des Konflikts seien erschöpft gewesen. Ziel sei nicht die Besetzung der Ukraine, sondern eine Entmilitarisierung und Denazifizierung des Landes. Innenpolitisch kündigte Putin außerdem die Erhöhung sämtlicher Sozialleistungen in naher Zukunft an, um die Inflation auszugleichen.
16.03.2022	Der Moskauer Bürgermeister Sergej Sobjanin räumt das Risiko für eine Zunahme der Arbeitslosigkeit in Moskau aufgrund des massenhaften Rückzugs ausländischer Unternehmen aus Russland ein. In Moskau werde deshalb eine Personalvermittlungsstelle eingerichtet, die mit den Unternehmen zusammenarbeiten soll, die eine Schließung angekündigt haben. Deren Mitarbeiter sollen in großen städtischen Unternehmen eine neue Beschäftigung finden. Es gäbe hunderttausende freie Stellen in anderen Unternehmen, so Sobjanin.
16.03.2022	Die russische Medienaufsichtsbehörde »Roskomnadsor« sperrt die Website des britischen Nachrichtensenders BBC, der russische Dienst von BBC war bereits zuvor blockiert worden. Begründung ist die »wissentliche Verbreitung von Falschinformationen über die Geschehnisse in der Ukraine«. Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Marija Sacharowa, bezeichnete die Sperrung als den Beginn einer Antwort auf den »westlichen Informationskrieg gegen Russland«.
16.03.2022	Der Internationale Gerichtshof der Vereinten Nationen in Den Haag fordert Russland mit einem Urteil auf, die Kampfhandlungen in der Ukraine einzustellen. Beide Seiten müssten sich jeglicher Handlung enthalten, die den Konflikt verschärfen, verlängern oder seine Lösung behindern. Das Urteil ist zwar bindend, seine Vollstreckung kann jedoch nicht erzwungen werden. An den Gerichtshof hatte sich die Ukraine gewandt, um ein Ende des russischen Angriffskrieges zu erreichen.
16.03.2022	In einer Rede an die Regierung hat der russische Präsident Wladimir Putin Drohungen gegen Gegner des Kriegs in der Ukraine ausgesprochen. Er verglich Menschen, die den russischen Militäreinsatz in der Ukraine kritisierten mit »Mücken«, die man »ausspucken müsse«. Putin warf in seiner Rede dem Westen vor, die russische Gesellschaft spalten zu wollen und auf militärische Verluste und sozioökonomische Folgen zu spekulieren. Das russische Volk könne jedoch die wahren Patrioten vom Abschaum und von den Verrätern unterscheiden. Eine Selbstreinigung der Gesellschaft werde den Zusammenhalt nur stärken.

17.03.2022	Der Sprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin, Dmitrij Peskow, erklärt, dass Russland die Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag über die Pflicht Russlands zur sofortigen Aussetzung der Kampfhandlungen in der Ukraine nicht anerkennen werde.
17.03.2022	Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte suspendiert den russischen Richter Michail Lobow im Zusammenhang mit dem Austritt Russlands aus dem Europarat am Vortag. Die Tätigkeit Lobows wird solange ausgesetzt, bis das Gericht die rechtlichen Auswirkungen des Austritts auf die Arbeit des Gerichts geprüft habe, hieß es in der Erklärung. Am Vortag hatte der Gerichtshof mitgeteilt, dass er bis auf weiteres die Prüfung aller Beschwerden gegen Russland ausgesetzt habe.
17.03.2022	Die russische Regierung bewilligt vergünstigte Kredite für systemrelevante russische Unternehmen. Die maximale Höhe eines Kredits beträgt für Einzelunternehmen zehn Milliarden Rubel (etwa 86 Millionen Euro) und für Unternehmensgruppen 30 Milliarden Rubel (etwa 258 Millionen Euro). Wichtigste Bedingung für den Erhalt eines Kredits sei die Erhaltung von 85 Prozent der Arbeitsplätze .
17.03.2022	Die Europäische Raumfahrtagentur (ESA) setzt die Zusammenarbeit mit der russischen Raumfahrtbehörde für das gemeinsame Weltraumprojekt »Exomars« aus. Aufgrund des russischen Überfalls der Ukraine Ende Februar sei es derzeit unmöglich, das Projekt gemeinsam mit Russland durchzuführen, teilte die ESA mit.
18.03.2022	Der russische Außenminister Sergej Lawrow teilt mit, dass Transporte aus dem Ausland in die Ukraine, die von Russland als militärische Transporte eingestuft werden, Ziel russischer Angriffe würden. Damit soll die Lieferung von Waffen aus dem westlichen Ausland an die ukrainische Armee unterbunden werden. Dies sei legitim, denn die »Spezialoperation« Russlands zielen darauf ab, jede Bedrohung Russlands, die von ukrainischem Territorium ausgehe, zu beseitigen.
18.03.2022	In einem Telefongespräch mit dem deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz bezeichnet der russische Präsident Wladimir Putin die Forderungen der Ukraine als Grundlage für eine Einigung als »unrealistisch«. Die ukrainische Seite versuche, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen, indem sie immer unrealistischere Vorschläge unterbreite. Die russische Seite sei trotzdem bereit, weiter gemeinsam nach einer Lösung zu suchen. Bundeskanzler Scholz ruft Putin erneut zu einer Waffenruhe in der Ukraine auf. Außerdem betonte er die Notwendigkeit der Verbesserung der humanitären Lage.
18.03.2022	Der russische Oligarch Arkadij Dworkowitsch verlässt nach kritischen Äußerungen zum Ukraine-Krieg den Vorstand des Technologieparks »Skolkowo« nahe Moskau. Dworkowitsch hatte sich in einem Interview für ein US-Magazin für eine friedliche Lösung ausgesprochen. Dies wurde ihm von der Regierungspartei »Jednaja Rossija« (dt. »Einiges Russland«) als »Verrat« ausgelegt.
18.03.2022	Das bulgarische Außenministerium weist zehn russische Diplomaten aus. Als Begründung hieß es, die ausgeübten Tätigkeiten der Diplomaten seien nicht vereinbar mit dem Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen. Bereits am 2. März hatte Bulgarien zwei russische Diplomaten wegen Spionage ausgewiesen. Auch Estland kündigt die Ausweisung dreier russischer Diplomaten aus denselben Gründen an. Die Diplomaten seien »direkt und aktiv daran beteiligt« gewesen, »die Sicherheit Estlands zu untergraben und Propaganda zu verbreiten, die Russlands militärische Aktionen rechtfertigen.« Auch Lettland und Litauen weisen drei bzw. vier russische Diplomaten aus und begründen diesen Schritt mit ihrer Solidarität zur Ukraine und der beispiellosen russischen Militärangriff.
18.03.2022	Das staatliche russische Meinungsforschungsinstitut »WZIOM« teilt mit, dass die Vertrauens- und Zustimmungswerte für den russischen Präsidenten Wladimir Putin in der dritten Woche in Folge gestiegen seien. Jüngste Umfragen zeigten eine Zustimmung der Bevölkerung zur Politik Putins von 77,2 Prozent. Ende Dezember 2021 hätte dieser Wert nur bei 61,7 Prozent gelegen.
18.03.2022	Der russische Präsident Wladimir Putin hält bei seinem Besuch eines Konzerts anlässlich des Jahrestags der Krim-Annexion 2014 im Moskauer »Lushniki«-Stadion eine Rede zu den Zielen der in Russland sogenannten »militärischen Spezialoperation« in der Ukraine. Das wichtigste Ziel sei die Beendigung des Völkermords durch die ukrainische Armee im Osten des Landes. Außerdem rechtfertigte Putin die Annexion der Krim im Jahr 2014 mit der Notwendigkeit, diese aus der »erniedrigten Lage« zu befreien, in der sie sich unter der ukrainischen Regierung befunden habe. Die Live-Übertragung der Rede im staatlichen Fernsehen wurde bereits kurze Zeit nach ihrem Beginn unterbrochen. Der Sprecher des Präsidenten, Dmitrij Peskow, erklärte dies später mit einem »technischen Defekt«.

18.03.2022	Der russische Präsident Wladimir Putin und sein französischer Amtskollege Emmanuel Macron sprechen in einem Telefonat über den Stand der Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland über eine mögliche Friedensvereinbarung. Wladimir Putin betonte, das russische Militär tue alles in seiner Macht Stehende, um die ukrainische Zivilbevölkerung durch die Einrichtung sicherer Fluchtkorridore zu schützen. Putin sprach auch von Kriegsverbrechen, die die ukrainische Armee und ukrainische Nationalisten begingen. Macron forderte seinerseits Putin erneut auf, ein Waffenstillstandsabkommen zu schließen und die Belagerung von Mariupol zu beenden.
18.03.2022	Die Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine über ein Friedensabkommen verzeichnen Fortschritte, so der russische Verhandlungsführer Wladimir Medinskij. Man komme sich bei Fragen der Neutralität der Ukraine sowie der Entmilitarisierung näher. Kiew bestehe jedoch auf die Rückgabe der Separatistengebiete in der Ostukraine unter Kiewer Führung, Russland bevorzugt eine Volksabstimmung in dieser Frage.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Anastasia Stoll

Sie können die gesamte Chronik seit 2003 (zusätzlich gibt es eine Kurzchronik für die Sowjetunion ab 1964 bzw. Russland ab 1992) auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Anastasia Stoll (verantwortlich)
 Chronik: Anastasia Stoll
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 PD Dr. habil. Linde Götz, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Prof. Dr. Alexander Libman, Freie Universität Berlin
 Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich
 Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
 Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2022 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
 e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen

Polen-Analysen

Russland-Analysen

Ukraine-Analysen

Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>